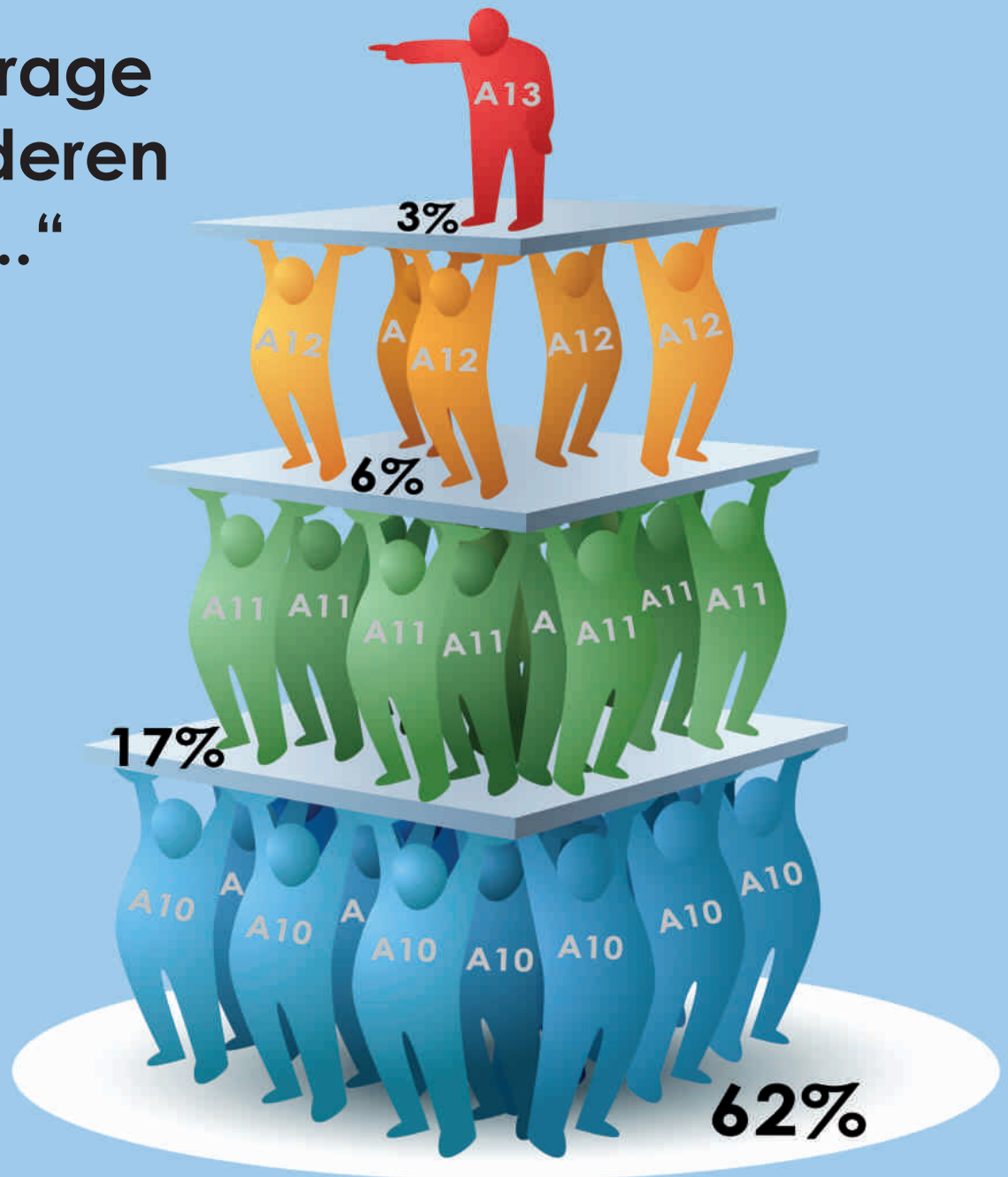


„Einer trage
des anderen
Last...“



Stellenverteilung Polizei Hessen

Bezirksgruppen Westhessen, Polizeizentralbehörden Hessen und
Hessische Bereitschaftspolizei in der Gewerkschaft der Polizei, Polizei-Sozialhilfe Hessen e.V.
und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN



LIEBE KOLLEGIN, LIEBER KOLLEGE!

nachdem die Tarifverhandlungen abgeschlossen sind und eine wiederum nicht zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten zu konstatieren ist - Berichte hierzu findet Ihr in dieser Ausgabe des Polizeireports - möchten wir es nicht versäumen, Euch an dieser Stelle auf die aktuellen Entwicklungen auf GdP-Bundesebene zu informieren.

Oliver Malchow neuer GdP-Bundesvorsitzender

Am 13. und 14. Mai traf sich der Beirat der GdP in Berlin, um für den scheidenden Bernhard Witthaut einen Nachfolger zu wählen, der in der Person von Oliver Malchow gefunden wurde.

Der 49-jährige ist Leiter der Kriminalpolizeistelle in Kiel und seit Mai 1985 Mitglied der Gewerkschaft der Polizei. Seit 1997 führt Malchow zudem den Vorsitz des GdP-Landesbezirks Schleswig-Holstein.

Die Funktion des GdP-Bundesvorsitzenden wurde vakant, nachdem Bernhard Witthaut mit sofortiger Wirkung zum Polizeipräsidenten der Stadt Osnabrück berufen wurde.

Spitzenfunktion(en) in Hessen verwaist

Entgegen der für viele überraschenden Personalie beim Polizeipräsidium in Osnabrück steht für die Führungsetage beim Hessischen Bereitschaftspolizeipräsidium noch eine richtungsweisende Entscheidung offen.

So konnte mit Rainer Brüssow zwar der Posten als Vizepräsident seit 01. Februar neu besetzt werden, doch die bereits seit 01. Dezember 2012 offene Funktion der Präsidentenstelle ist nach wie vor verwaist!

POLIZEI REPORT



Peter Wittig



Ralf Humpf



Jens Mohrherr

Tarifeinigung in Hessen	6
Übertragung Tarifergebnis auf Beamte	9
Ernährung und Gesundheit	11
Erinnerung an Gisbert Beck	13
Infos Bundesfachausschuss Schutzpolizei	15
Neuer Vizepräsident beim HBPP	20
Ebe langt's - Neulich war's wieder soweit	21
Neuer Seniorenvorsitzender Westhessen	23
Arbeitsplatz Autobahn - ein Leserbrief	26
Mitteldeutscher Kartcup 2013	27
50 Jahre GdP - von Zitt(h)ern keine Spur	29
Aus den Bundesländern - Fachausschüsse	31
Jahreshauptversammlung Bad Homburg	33
Ehrung für Richard Mayer	33
„Steinbacher Protokoll“ verabschiedet	35
Altersdurchschnitte Polizei Hessen	39
Malchow neuer Bundesvorsitzender GdP	41
Reformstau - Anpassungszwang?!	42
Tagesausflug der Senioren Westhessen	43
Aus dem Gerichtssaal / Rechtsschutz GdP	45
Über das Berufsbild eines Polizeibeamten	47
Schlusspunkt	50

Malchow

Titelhinweis: **Einer trage des andern Last**, so werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen. Denn wenn jemand meint, er sei etwas, obwohl er doch nichts ist, der betrügt sich selbst. Ein jeder aber prüfe sein eigenes Werk; und dann wird er seinen Ruhm bei sich selbst haben und nicht gegenüber einem andern. Denn ein jeder wird seine eigene Last tragen. (Aus dem Brief des Paulus an die Galater, Kapitel 6, Vers 12)

DIE REDAKTION INFORMIERT

Zudem sind weitere Positionen in der Führungsebene beim Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung (PTLV) sowie beim Hessischen Landeskriminalamt (HLKA) neu zu bekleiden. Hier stehen jeweils keine neuen Vizepräsident/-innen fest.

Man darf gespannt sein, wann, und vor allem welche Personalentscheidungen für diese Ämter in der hessischen Polizei getroffen werden – unabhängig der seit nunmehr zweieinhalb Jahre andauernden Diskussion und medialen Aufbereitung um die Präsidentin des HLKA, an der wir uns nicht beteiligen wollen und werden – um diese vorherrschenden Vakanzen adäquat zu schließen.

Stellenhebungsprogramm noch unvollendet

Zur Erinnerung: In den Doppelhaushalt 2013/2014 wurden 261 Stellenhebungen nach der Besoldungsgruppe A 11 BBO und 869 Stellenhebungen nach A 10 BBO eingestellt und verabschiedet.

Nachdem im Beförderungsmonat April 2013 bereits alle zusätzlichen Beförderungsmöglichkeiten nach A 11 BBO ausgeschöpft werden konnten, partizipierten bisher rund 600 Kolleginnen und Kollegen, die bereits zu diesem Zeitpunkt über die laufbahn- und beamtenrechtlichen Voraussetzungen verfügten. Die noch offenen Stellenhebungen nach A 10 BBO sollen entsprechend im Beförderungsmonat Oktober 2013 realisiert werden.

Nunmehr herrscht jedoch allgemeine Verunsicherung, da ein Erlass, der die Freigabe der Beförderungsmöglichkeiten für Oktober 2013 zum Inhalt hat, auf sich warten lässt und somit bei vielen die Bedenken schürt, dass die Beförderungen für Oktober den Sparzwängen zum Opfer fallen könnten.

Insofern richten wir an die politischen und polizeilichen Entscheidungsträger den dringlichen Appell, den Worten auch weitere Taten folgen zu lassen und endlich zeitnah auch alle Beförderungsmöglichkeiten für Oktober 2013 frei zu geben!

A10-er-Kessel mächtig unter Dampf/ Hebungen nach A12 und A13 überfällig

Das Hebungsprogramm ist aus unserer Sicht vom Grundsatz her positiv zu bewerten. Beförderungsmöglichkeiten liefen die Kolleginnen und Kollegen schließlich in den vergangenen Jahren rasant hin-

terher. Aus diesem Grunde freuen wir uns natürlich über jeden, der im Rahmen dieses Programms eine Beförderungsurkunde erhielt. Aber wir dürfen auch sehr wohl einen strukturellen Blick auf das werfen, was uns ab sofort zukünftig beschäftigen wird.

Es stellt sich doch die berechtigte Frage, ob eine finanziell andere Gewichtung bei den Beförderungen nicht eine gestaltbarere Struktur geschaffen hätte.

Inzwischen liegt der prozentuale Anteil der A10-er-Stellen in Hessen bei 65%. Der Druck nach oben steigt immer weiter an. Das Ventil ist bereits bis zum Anschlag ausgefahren und, betrachtet man die weiteren prozentualen Stellenverteilungen im gehobenen Dienst, erwarten uns nun neue Probleme in Richtung des Flaschenhalses.

Wir benötigen in der Folge nun dringend Beförderungsmöglichkeiten in die A12 und A13. Die Zahlen sprechen hier eine deutliche Sprache: 17%-A11, 6%-A12 und 3%-A13 (Bericht in diesem Heft).

Das wird es uns nicht einfacher machen. Daher erinnern wir uns gerne an die Worte des Innenstaatssekretärs im Rahmen einer Sitzung des Hauptpersonalrates, als er sagte, dieses Hebungsprogramm ist kein Wahlkampf und auch nicht abschließend, nun müsse es weiter nach oben gehen.

Auch der Innenminister hat sich dazu positioniert. Auf der Personalversammlung des PP Westhessen antwortete er auf Fragen von Beschäftigten, die ihm vor Augen hielten, wie es mit den Positionen in der Führungsebene eines DGL und KvD in der A 11 aussieht, dem weitere Perspektiven nach oben mangels Stellen fehlen. Gleiches gilt für die Funktionen aus der A 12 in die A 13.

Wie soll man es Menschen denn vermitteln, dass sie zwar höherwertigere Aufgaben wahrnehmen, aber nicht danach bezahlt werden. Der Weg nach oben durch Stellenhebungen müsse weiter gehen, das waren die Worte des Ministers an die Versammlung. Wir werden uns als Personalräte auch hieran zu gegebener Zeit gerne erinnern.

Auch nicht vergessen möchten wir die Anerkennung von Lebensleistungen, insbesondere im Schicht- und Ermittlungsdienst.

Wir benötigen die erforderlichen Mittel, um die vielen Kolleginnen und Kollegen

beispielsweise aus dem Schichtdienst anständig befördern zu können.

Sich auf die Stellenausschreibungen zu reduzieren und hinter dann erforderlichen Vorstellungsgesprächen zu verstecken ist nicht die feine Art mit denen umzugehen, die seit Jahrzehnten diese hoch belastenden Dienste leisten.

DuZ und Zulagen für OPE'en

Auch das ist derzeit brandaktuelles Thema bei der GdP. Wir fordern vehement als einzige Berufsvertretung eine schnellstmögliche Anpassung. Wir haben hierzu seit knapp über 1 Jahr mehrfach den Minister angeschrieben und Vorschläge unterbreitet. Seine Antworten waren für uns nicht nachvollziehbar. Wenn er davon spricht, dass eine Erhöhung nur Centbeträge ausmacht, dann ist er nicht der richtige Chef der hessischen Polizei.

Die Kolleginnen und Kollegen, die zu den hoch belasteten Zeiten Dienst versehen, könnten ihn eines Besseren belehren. Dazu zählt natürlich auch die zumindest dem WSD angepasste überfällige Zulage für OPE'en.

Wir haben den Minister nun letztmals am 22. März 2013 in einem offenen Brief angeschrieben und aufgefordert, tätig zu werden.

Parallel haben wir alle Abgeordneten des Hessischen Landtages angeschrieben und um parlamentarische Unterstützung gebeten.

Zum Redaktionsschluss erreichte uns die Mitteilung, dass die SPD-Fraktion einen dringlichen Antrag in den Landtag eingebracht hat, der eine Anpassung vorsieht. Auslöser hierfür war die Kampagne der GdP!

Aktuelle Entwicklungen hierzu sind immer auf unserer Homepage zur Verfügung gestellt, schaut mal rein (www.gdp.de/hessen -Infothek/Dienstrechtsreform/DuZ/Zulagen).

Wir werden zu diesem Thema keine Ruhe geben und weiter für Verbesserungen auf diesem Wege für euch kämpfen, versprochen. ■

Eure Redaktion





TARIFEINIGUNG IN HESSEN FÜR 2013 UND 2014

In den frühen Morgenstunden des 16. April 2013 endeten die Verhandlungen zum Tarifvertrag in Hessen mit einem annehmbaren Ergebnis.

Nach zähen Verhandlungen wurde letztendlich ein Kompromiss über die Laufzeit von zwei Jahren gefunden, der die Tarifbeschäftigten in Hessen im finanziellen und sozialen Bereich nachhaltig besser stellt.



Die große Tariffkommission der GdP Hessen, die an den Verhandlungen mit dem Innenminister unmittelbar beteiligt war, stimmte dem Verhandlungsergebnis einstimmig zu.

Nachdem die vereinbarte Erklärungsfrist am 10. Mai 2013 abgelaufen war, steht das Ergebnis nun wie am 16. April beschlossen, fest.

Am 01. Februar 2013 begannen die Tarifverhandlungen mit der Auftaktrunde im Hessischen Innenministerium.

Die Gewerkschaft der Polizei in Hessen ist als Spitzenorganisation direkt an den Verhandlungen beteiligt, die ca. 45.000 Beschäftigte im ganzen Land betrifft. In Anlehnung an die parallel laufenden Verhandlungen für den Bereich der TdL, also aller anderen Bundesländer, forder-

te die GdP Hessen eine Lohnerhöhung von 6,5% mit einer sozialen Komponente. Dazu die Anhebung der Auszubildendenvergütung um 100 Euro sowie eine Übernahmegarantie der Auszubildenden.

„Die Kolleginnen und Kollegen haben einen enormen Aufholbedarf und Anspruch zugleich.

Die Einsparungen auf dem Rücken der Beschäftigten sind so nicht mehr akzeptabel“, so der Verhandlungsführer der GdP, Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller.

Zu den auch zur Verhandlung anstehenden Diskussionen um den Urlaubsanspruch sagte Bruchmüller:

„Finger weg, dies steht für uns nicht zur Diskussion“.

Letztendlich forderten alle Tarifpartner eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen.

Innenminister Rhein wies die Forderungen als überzogen zurück und sagte eine offene und konstruktive Verhandlung zu.

Hessen ist 2004 aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder ausgetreten. Nach der diesjährigen Rückkehr von Berlin ist Hessen somit das einzige Bundesland mit eigenen Tarifverhandlungen.

Am 09. März 2013 einigten sich die Verhandlungspartner der TdL, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Alle 15 Bundesländer hatten also ihren Tarifabschluss, nur Hessen nicht.

Bis zu diesem Zeitpunkt legte Minister Rhein noch nicht einmal ein eigenes An-

gebot vor. Man wollte sich offensichtlich an den Ergebnissen der TdL orientieren.



Und im Blick auf die erzielten Ergebnisse in der TdL und Hessen stellt sich sehr deutlich die Frage, weshalb die hessische Landesregierung am Ausstieg aus dem Jahre 2004 krampfhaft festhält.

Im Fazit sind die erzielten Ergebnisse aus den vergangenen Jahren nahezu identisch und lassen die eigenen Verhandlungen als nicht gerade sinnvoll und zielführend erscheinen.

Aber es liegt wohl an einigen Betonköpfen der Regierungsfractionen in Hessen, die einen solchen Verwaltungs- und Kostenaufwand noch rechtfertigen wollen.

An Argumenten dafür scheint es ihnen jedoch zu fehlen.



Warnstreiks und Kundgebungen

Bereits vor dem ersten Angebot des Innenministers Boris Rhein beteiligte sich die GdP Hessen an zahlreichen Kundgebungen und Warnstreiks im Rahmen des Tarifkampfes.

Diese Aktionen fanden in ganz Hessen statt.

Und es dauerte noch eine ganze Weile, bis sich der Minister wohl durch seine Berater das Ergebnis der TdL bei einer Übertragung auf Hessen ausrechnen ließ.

Dann ging es in die letzte und entscheidende Marathonrunde am 15. und 16. April 2013 in Wiesbaden.

Im Ergebnis bedeutet dies (Auszug):

Tarifergebnis

- 2,8% mehr Lohn ab 01.07.2013 plus Einmalzahlung in Höhe von 450 Euro
- 2,8% mehr Lohn ab 01.04.2014 plus Einmalzahlung in Höhe von 225 Euro
- Azubis plus 50 Euro ab 01.01.2013 plus 3% ab 01.01.2014
- 30 Tage Urlaub für alle (Azubi 27 Tage)
- 33 Tage Urlaub Besitzstand bis Jahrgang 1969 (§ 15 TV-Ü-H)
- Übernahmeregelungen für Azubis
- Weiteres siehe Homepage



Peter Wittig

UNZUREICHENDE ÜBERTRAGUNG FÜR BEAMT/INNEN

Mit dem Tarifabschluss haben die Gewerkschaften eine Einigung erzielt, die mit dem Tarifergebnis der TdL vom 09. März 2013 vergleichbar ist. Wir halten damit nicht nur Anschluss zu den anderen Ländern, sondern haben auch sichergestellt, dass für eine mögliche Rückkehr des Landes Hessen in die TdL keine weiteren Hürden aufgebaut wurden.

Die GdP forderte zeitnah die Erklärung, dass die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfänger im Landtag eingebracht wird.

Was die Regierungsfractionen von CDU und FDP damit meinen, zeigt ihr Gesetzesentwurf zur Besoldungsanpassung 2013 für die Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen.

Nur eine Woche nach den abgeschlossenen Tarifverhandlungen haben die Fraktionen von CDU und FDP verkündet, dass sie das Tarifergebnis auf die Beamten und Versorgungsempfänger nur teilweise übertragen wollen und haben dies so in den Landtag eingebracht.

Im Einzelnen soll eine Anhebung von Besoldung und Versorgung um 2,8 Prozent jeweils ab 1. Juli 2013 und ab 1. April 2014 erfolgen. Dies entspricht dem ausgehandelten Tarifergebnis.

Allerdings ist seitens der Fraktionen von CDU und FDP beabsichtigt, die Einmalzahlungen von 450 € für die Leermonate Januar bis Juni 2013 und 225 € für die Leermonate Januar bis März 2014 zu versagen.

Das ist also das Dankeschön an die Polizistinnen und Polizisten unter den bekannten Belastungen.

Positiv ist zu vermerken, dass nun auch die Versorgungsempfänger endlich einen Versorgungszuwachs erfahren, nachdem in den letzten Jahren die Verrechnung von geringen oder ausgesetzten Versorgungsanpassungen mit der Abschmelzung des Versorgungsniveaus von 75% auf 71,75 % sowie der Absenkung der anteiligen Sonderzahlung jahrelang eine reale Versorgungsminde rung bedeutete. Dieser zentralen Forderung der GdP konnte nun endlich Rechnung getragen werden.

Negativ zu bewerten ist die Absicht, dass Beamte und Versorgungsempfänger zum wiederholten Male die Übertragung des Tarifergebnisses nicht zeit- und inhaltsgleich erfahren. Dabei ist weiterhin zu berücksichtigen, dass die lineare Erhöhung um die gesetzliche Versorgungsrücklage von 0,2% gemindert wird.

Mit dieser reduzierten Besoldungsanpassung befände sich das Geberland Hessen im Ländervergleich auf einem Mittelplatz, deutlich hinter Bayern und Hamburg, die für ihre Beamtinnen und Beamten eine zeit- und inhaltsgleiche



Übertragung bereits vorgenommen haben (siehe Tabelle in diesem Heft).

Unter Berücksichtigung der belastenden 42-Stundenwoche (gibt es nur noch in Hessen!) ist die beabsichtigte Besoldungsanpassung zusätzlich kritisch zu hinterfragen und zu relativieren. Um weitere Abkopplungen der allgemeinen Einkommensentwicklung zu vermeiden, haben wir alle Landtagsfraktionen und die Landesregierung aufgefordert dafür zu sorgen, dass eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf Beamte und Versorgungsempfänger erfolgt.

Peter Wittig

Im Anschluss findet ihr einen bundesweiten Überblick der Verfahrensweisen.

ÜBERTRAGUNG DER TARIFERGEBNISSE IM BUND

WIE WERDEN DIE TARIFERGEBNISSE DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES AUF DIE BEAMTINNEN UND BEAMTEN IN DEN BUNDESLÄNDERN ÜBERTRAGEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was die Regierungsfractionen von CDU und FDP unter einer „eins-zu-eins“-Übertragung auf die Beamtenschaft verstehen, haben wir euch auf den Eingangsseiten umfänglich beschrieben.

Die Oppositionsfractionen haben teilweise ihre eigenen Gesetzesanträge eingebracht oder werden dies noch tun. Fakt ist, dass die Besoldungsanpassung für die Beamtinnen und Beamten in Hessen ein Gesetzgebungsverfahren durchlaufen muss.

Und ein Teil davon wird die öffentliche Anhörung im Innenausschuss des Hessischen Landtages sein.

„Die Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften sind bei der Vorbereitung allgemeiner Regelungen der beamtenrechtlichen Verhältnisse zu beteiligen“, dies ist der Text des § 110 HBG. Die Gewerkschaft der Polizei Hessen ist eine solche Spitzenorganisation und wir werden es uns nicht nehmen lassen, von unserem Recht der Teilnahme Gebrauch zu machen und das zu sagen, was wir von der erneuten Abkopplung halten.

Was machen die anderen Länder?

In den 15 Bundesländern, die alle der TdL angehören, haben die Parlamente unterschiedliche Entscheidungen getroffen, wie sie mit einer Übernahme auf die Landesbeamten umgehen.

Wir möchten euch hier einen Überblick geben, damit ihr auch einmal über die Grenzen Hessens schauen könnt, was dort passiert.

Macht euch euer eigenes Bild.

Baden-Württemberg

Der Finanzminister erklärte, er halte eine Nullrunde für unwahrscheinlich. Für 2013 und 2014 habe man bislang eine jährlich Erhöhung von 1,5 Prozent vorgesehen. Größere Steigerungen könne man nur mit Personaleinsparungen oder Standardverschlechterungen gegenfinanzieren.

Bayern

Der Tarifabschluss soll laut Bayerischem Staatsministerium der Finanzen zeit- und

inhaltsgleich auf die bayerischen Beamtinnen und Beamten sowie auf die Versorgungsempfänger übertragen werden. Im Vorgriff auf eine Änderung der Urlaubsverordnung können den Beamtinnen und Beamten im staatlichen Bereich ab sofort 30 Tage Urlaub pro Jahr gewährt werden. Beamtinnen und Beamte in Ausbildung erhalten wie im Tarifbereich 27 Tage Urlaub. Die Vorgriffzahlung bei den Beamtinnen und Beamten, Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger erfolgt im Zahltag Mai 2013.

Berlin

Das Land ist seit 2013 wieder Mitglied der TdL. Das Tarifergebnis werde man jedoch nicht auf die Beamten übertragen. Man versuche bis 2017 den Anschluss an Brandenburg herzustellen, indem die Bezüge ab 1. August 2013 um 2 Prozent, 2014 und 2015 um je 2,5 Prozent sowie 2016 und 2017 um je 3 Prozent erhöht werden.

Brandenburg

Sowohl Finanz- als auch Innenministerium verweisen darauf, dass es über das „Ob“ und „Wie“ der Gesetzgeber entscheide. Auch von einer Nullrunde ist die Rede.

Bremen

Das „Ob“ und „Wie“ einer Übertragung werde laut Finanzsenatorin geprüft. Entscheidend sei auch, wie die übrigen Länder vorgehen.

Hamburg

Der Erste Bürgermeister hat die 1:1 Übertragung bereits vor Tarifabschluss zugesichert und hält daran fest.

Mecklenburg-Vorpommern

Man werde prüfen und wolle zuerst mit den Gewerkschaften sprechen.

Niedersachsen

Die Landesregierung kündigte an, die erste Steigerung übernehmen zu wollen. Da-

mit würde die Besoldung und Versorgung rückwirkend zum 1. Januar 2013 um 2,65 Prozent angehoben werden.

Nordrhein-Westfalen

Die Landesregierung will die 1:1-Übertragung ausschließlich bis einschl. Besoldungsgruppe A10 vornehmen. Für die Besoldungsgruppen A11 sowie A12 sieht sie für 2013 und 2014 eine jährliche Erhöhung von 1 Prozent vor. Die übrigen Beamtinnen und Beamten müssen mit einer Nullrunde rechnen.

Rheinland-Pfalz

Man halte an der jährlichen Erhöhung um 1 Prozent bis 2016 fest (Gesetz!)

Saarland

Die Ministerpräsidentin erklärte, dass die Beamtinnen und Beamten nicht weiter abgekoppelt werden dürften. Allerdings würden durch Bezügerhöhungen entstehende Kosten über Nichtwiederbesetzungen gegenfinanziert werden.

Sachsen

Der Finanzminister favorisiert eine zeitliche Verzögerung der Übertragung des Tarifergebnisses. Die Entscheidung über das Vorgehen hänge jedoch auch vom Verhalten der anderen Bundesländer ab.

Sachsen-Anhalt

Es werde geprüft.

Schleswig-Holstein

Die Finanzministerin schloss eine 1:1 Übertragung zwar nicht aus, verwies aber auf die damit einhergehenden Kosten. Sie wolle mit den Gewerkschaften über ein sozial ausgewogenes Gesamtpaket verhandeln. Eine Nullrunde werde es aber wohl nicht geben.

Thüringen

Bisher gibt es keine Äußerungen.

RUND UM DAS KÖRPERGEWICHT UND ERNÄHRUNG

ENERGIE- UND GRUNDNÄHRSTOFFGEHALT VON LEBENSMITTELN UND SPEISEN BALLASTSTOFFE, VITAMINE, MINERALSTOFFE, PFLANZENSTOFFE UND WASSER

Liebe Leserinnen und Leser, warum nehme ich zu, ich esse doch gar nicht viel? Diese Frage stellen sich viele Menschen! Ganz einfach – die Energiebilanz stimmt nicht, denn die Energieaufnahme ist höher als der Energieverbrauch.

Grundsätzlich ist es auch nicht tragisch, wenn man an einem Tag mal mehr isst und trinkt als der Körper benötigt. Hier gilt, dass die Wochenbilanz stimmen sollte. Daher ist es auch nicht förderlich, sich jeden Tag auf die Waage zu stellen, einmal pro Woche reicht völlig aus. Mit meinem letzten Artikel habe ich euch einen Überblick gegeben, was ihr an täglicher Energie verbraucht. Die Energieaufnahme zu berechnen, gestaltet sich etwas aufwendiger, da zuerst einmal alles, was man an einem Tag isst und trinkt, notfalls abgewogen, notiert werden muss (auch das Öl, in dem das Schnitzel angebraten wird oder das Stück Würfelzucker im Kaffee oder das Glas Wein zum Abendessen).

Um dann die tägliche Energieaufnahme (also wie viele g Eiweiße, Fette und Kohlenhydrate) zu berechnen, helfen uns PC-Programme zur Berechnung vom Nährstoffgehalt unserer Speisen – einfach mal googeln.

Wer lieber nachlesen und rechnen möchte – kein Problem. Zu diesem Thema gibt es auch Bücher, die Nährstoffangaben von bis zu knapp 3000 Lebensmitteln bieten. Notiert euch mal eine Woche lang, alles, was ihr zu euch nehmt und berechnet dies. So bekommt ihr wirklich einen Überblick über die zugeführte Energie. Ich glaube, ihr werdet staunen!

Nun, wie sieht es mit eurer Energiebilanz aus?

Neben Kohlenhydraten, Fetten und Eiweißen liest man immer wieder etwas von Ballaststoffen, Vitaminen, Mineralstoffen und sekundären Pflanzenstoffen sowie Wasser – alles steckt in unserer Nahrung. Was versteht man darunter und wozu benötigt der Körper diese Stoffe?

Ballaststoffe gehören zu den Kohlenhydraten. Sie kommen vorwiegend in pflanzlichen Lebensmitteln wie Getreide, Obst, Gemüse und in geringen Mengen in Milch vor. Ballaststoffe können bis zum 100-fachen ihres Eigengewichts an Wasser binden. Daher ist es sehr wichtig, ausreichend Flüssigkeit zu trinken.

Sie vergrößern das Nahrungsvolumen, steigern aber nicht den Energiegehalt. Ballaststoffe verbessern die Verdauung. Bei einer ballaststoffarmen Ernährung können Verstopfung und Divertikel auftreten. Eine ballaststoffarme Ernährung begünstigt Übergewicht, Fettstoffwechselstörungen, Diabetes mellitus bis hin zu Darmkrebs.

Mindestens 30g an Ballaststoffen pro Tag werden empfohlen. 100g (essbarer Anteil) Apfel hat ca. 2,5g Ballaststoffgehalt.

Vitamine sind in der Nahrung enthaltene, essenzielle, lebenswichtige organische Verbindungen, die der Körper in kleinen Mengen benötigt. Unser Körper kann sie nicht oder nur in unzureichendem Maße selbst bilden, daher müssen sie zugeführt werden.

Vitamine gehören zu der Gruppe der Wirkstoffe. Im Gegensatz zu Eiweißen, Fetten und Kohlenhydraten liefern sie keine Energie. Ernährt man sich aber vitaminarm, ist der Aufbau von Nährstoffen in den Zellen gestört.

Viele Menschen glauben, es ist gut, so viel Vitamine zu sich zu nehmen, wie möglich. Das ist ein Irrglaube. Gesundheitlich unbedenklich ist es, bis zum zwei- oder dreifachen der Empfehlungen zu sich zu nehmen (entweder durch die Nahrungsaufnahme oder durch nahrungsergänzende Präparate oder angereicherte Lebensmittel).

Bei Megadosierungsbereichen kann es zu Überdosierungserscheinungen kommen. Die meisten Menschen leiden aber eher unter Vitaminmangel als unter einer Überdosierung. Vitaminmangel kann verschiedene Ursachen haben, z.B.

- Einseitige Ernährung wie Fast Food, industrielle Fertignahrung, Süßigkeiten

- Schlankheitsdiäten ohne ausreichenden Vitamingehalt
- Erhöhter Vitaminbedarf bei Schwangeren, Stillenden, Leistungssportler oder
- Längere Behandlung mit Medikamenten wie z.B. Antibiotika

Was passiert nun bei einem Vitaminmangel?

Zuerst einmal nicht viel. Meist treten keine gravierenden Mangelerscheinungen auf, sondern allgemeine Symptome wie Müdigkeit, Leistungsabfall, verminderte Krankheitsresistenz, verändertes Blutbild, Konzentrationsschwäche, Hautreaktionen. Unser Körper hat nämlich eine sogenannte Reservekapazität für bestimmte Vitamine von unterschiedlicher Dauer.

Das den meisten bekannte Vitamin ist Vitamin C oder auch Ascorbinsäure genannt. Vitamin C unterstützt das Immunsystem, fördert die Aufnahme von Eisen aus pflanzlichen Lebensmitteln und ist am Aufbau und an der Erhaltung von Bindegewebe und Knochen beteiligt. Beim Mangel an Vitamin C reagiert unser Körper z.B. anfällig für Infekte. Überschüssiges Vitamin C wird mit dem Urin ausgeschieden. Daher sollten Personen mit Nierensteinen oder -krankheiten keine hohen Dosen zu sich nehmen.

Die empfohlene Tagesdosis liegt bei Erwachsenen bei 100mg, die schon in 160g Orangen oder 70g Paprika enthalten sind.

Mineralstoffe sind anorganische Nährstoffe, die notwendig sind für einen reibungslosen Ablauf der Lebensvorgänge im Organismus. Ähnlich wie die meisten Vitamine kann unser Körper sie nicht selbst herstellen. Sie müssen also regelmäßig mit der Nahrung aufgenommen werden und wirken bereits in kleinen Mengen. Sie liefern auch keine Energie.

Die Wissenschaft kennt 23 Mineralstoffe. Wozu benötigt der Körper diese Mineralstoffe? Kalzium z.B. besitzt eine bedeutende Aufgabe als Baustoff für unsere Knochen. Die Funktion der Schilddrüse ist abhängig von Jod.

Zu den wichtigen Mineralstoffen gehören Natrium, Chlor, Kalium, Kalzium, Magnesium, Phosphat, Eisen, Kupfer, Jod, Fluor, Zink, Kobalt, Selen, Molybdän, Mangan und Chrom.

An dieser Stelle möchte ich auf die beiden Mineralstoffe Magnesium und Eisen näher eingehen.

Magnesium

ist sehr wesentlich, damit unser Stoffwechsel funktioniert. Es ist wichtig für die Muskelfunktion und das Zusammenspiel von Nerv und Muskel. Magnesium schützt vor Muskelkrämpfen und dient als Bausubstanz für Knochen und Zähne. Alkoholkonsum und Missbrauch von Abführmitteln erhöhen den Bedarf an Magnesium. Magnesium hemmt die Blutgerinnung und wird daher auch zum Schutz vor Thrombose und Infarkt eingesetzt. Der Tagesbedarf eines Erwachsenen liegt bei ca. 300–400mg. Magnesium ist in allen grünen Gemüsesorten, Fleisch, Hülsenfrüchten, Vollkornprodukten und in Mineralwasser enthalten.

Eisen

ist unerlässlich für den Sauerstofftransport im Blut und bei der Sauerstoffübertragung im Energiestoffwechsel. Eisenmangel bedeutet Abgeschlagenheit, Erschöpfung und Anfälligkeit gegenüber Infektionskrankheiten. Schlimmstenfalls kommt es zur Blutarmut. Vitamin C verbessert die Eisenaufnahme aus pflanzlichen Lebensmitteln. Bei rein pflanzlichen Kombinationen wie Haferflocken mit Orangensaft oder Linsen mit Paprika wird das Eisen gut verfügbar. Der Tagesbedarf eines Erwachsenen liegt bei 10–15mg und ist in Leber, Fleisch, Eidotter, grünem Gemüse, Brot, Backwaren und Beeren enthalten.

Das Interesse der Ernährungswissenschaft richtet sich neben Ballaststoffen, Vitaminen und Mineralstoffen auch zunehmend auf die Gruppe der sekundären Pflanzenstoffe.

Unter sekundären Pflanzenstoffen versteht man chemische Verbindungen, die in ihrer Wirkung sehr unterschiedlich sind. Sie kommen – wie der Name schon sagt – nur in Pflanzen vor. Ihr Gehalt in Lebensmitteln ist relativ gering. Viele sekundäre Pflanzenstoffe sind noch unerforscht. Ausgehend von bis zu 10.000 und mehr verschiedene sekundäre Pflanzenstoffe sind bislang weniger als 100 erforscht. Ihre wesentlichen Wirkungen scheinen im Schutz vor Krebs, vor Herz-Kreislauf-Er-

krankungen, Infektionen und arteriosklerotischen Veränderungen zu liegen. Sie wirken sich günstig auf Blutzucker- und Fettwerte aus.

Es würde keinen Sinn machen und viel zu weit gehen, wenn ich hier noch tiefer in die Materie der Sekundären Pflanzenstoffe einsteige. Nur eine Empfehlung:

Wegen der unterschiedlichen Wirkungen der sekundären Pflanzenstoffe empfiehlt es sich, möglichst viel Abwechslung in den Speiseplan zu bringen.

Wasser

ist der größte und wichtigste Bestandteil im lebenden Organismus. Wasser gehört zu den energiefreien Nährstoffen. Wasser hat eine Vielzahl von Aufgaben:

• Wasser dient als Baustoff

Erwachsene bestehen zu 60 bis 70 Prozent aus Wasser; bei Säuglingen liegt dieser Prozentsatz noch höher. Der Wassergehalt nimmt mit steigendem Lebensalter und bei steigendem Fettgehalt ab. Organe wie z.B. Muskeln, Haut und Herz weisen einen hohen Wassergehalt auf.

• Wasser dient als Lösungs- und Transportmittel

Durch die Verdauung werden die verwertbaren Nahrungsbestandteile gelöst und können durch die Darmwand in unser Blut aufgenommen werden. Täglich werden ca. 10 Liter Verdauungssäfte in den Verdauungstrakt abgegeben und wieder ins Blut aufgenommen. Zusammen mit den Körperflüssigkeiten werden Nähr- und Wirkstoffe sowie Sauerstoff zu den Zellen transportiert. Umgekehrt werden Stoffwechselprodukte, Kohlenstoffdioxid und Harnstoff zu den Ausscheidungsorganen gebracht. Wasser ist das beste Lösungsmittel.

• Wasser ermöglicht die Wärmeregulation

Unser Körper nutzt die hohe Verdampfungswärme von Wasser, um bei starker körperlicher Arbeit oder bei heißem Wetter die Körpertemperatur bei 37 Grad zu halten. Durch die Verdunstung des Wassers in Form von Schweiß wird Wärme verbraucht. Als Folge davon kühlt die Haut ab und die Körpertemperatur wird reguliert.

Der menschliche Körper verliert Wasser mit dem Harn über die Nieren, mit dem Kot durch den Darm, mit dem Schweiß über die Haut und mit der Atemluft als Wasserdampf über die Lunge. Der Wasserbedarf hängt von der Ausscheidung ab. Die Wasserzufuhr erfolgt durch

Getränke, feste und flüssige Nahrung und auch durch Wasser, das beim Abbau der Nährstoffe in den Zellen frei wird.

Als Faustregel gilt:

Ein Erwachsener benötigt täglich ca. 30–40ml Wasser pro kg Körpergewicht, wovon ca. 1,5 Liter als Trinkflüssigkeit aufgenommen werden sollen. Sportliche Aktivitäten oder Hitze erhöhen den Bedarf an Trinkflüssigkeit.

Lebensmittelkreis, Lebensmittelpyramide sowie vollwertige Ernährung sind die Themen in der nächsten Ausgabe.

Martina Römer

GdP
Literaturdatenbank

Die Vorteile:

- Für GdP-Mitglieder kostenlos
- Mit nur einer Suche Bücher UND Aufsätze finden
- Kinderleicht und selbsterklärend
- Rund um die Uhr Online-Zugriff
- Immer topaktuell
- Links zu Volltexten

Wie bekomme ich Zugang zur GdP-Literaturdatenbank?

1. GdP-Mitglied werden!
2. GdP-Homepage aufrufen unter www.gdp.de
3. Login-Bereich anklicken
4. Login-Antrag ausfüllen und abschicken
5. Kennwort kommt per Post
6. Auf der Homepage einloggen und dann:

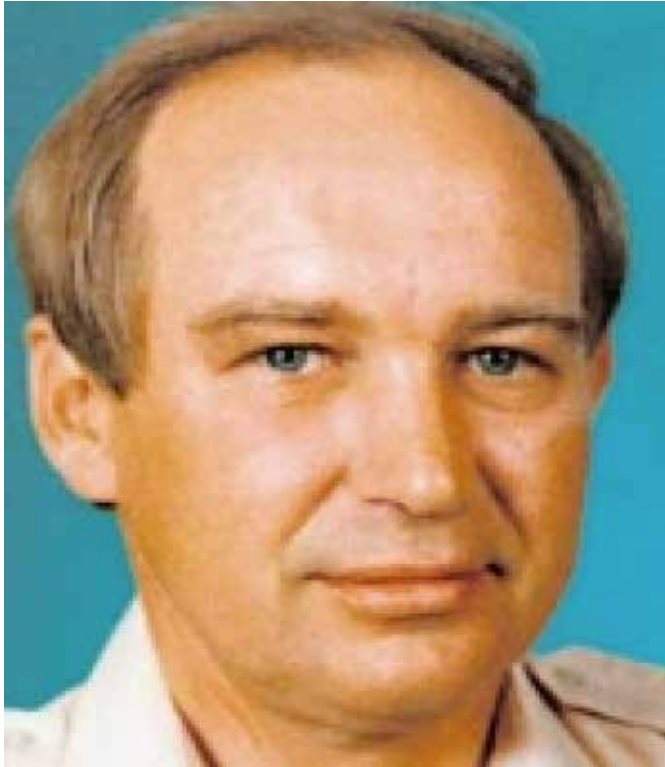
Literatur suchen und finden!

Habt ihr dazu noch Fragen? Dann schreibt uns an dokumentation@gdp.de



WIR ERINNERN AN GISBERT BECK-ERSCHOSSEN 1983

AMOKKLÄUFER RICHTET 1983 BLUTBAD AN SCHULE IN EPPSTEIN AN UND TÖTET FÜNF MENSCHEN - DARUNTER UNSER KOLLEGE BECK AUS FLÖRSHEIM



Die Freiherr-vom-Stein-Schule in Eppstein-Vockenhausen war am 3. Juni 1983 Schauplatz eines brutalen Verbrechens, bei dem auch unser Kollege Gisbert Beck den Tod fand. Der damals 45-jährige Gisbert Beck war als Verkehrserzieher im Main-Taunus-Kreis tätig und erteilte an diesem Tag Verkehrsunterricht bei den Schülern der Gesamtschule.

Gegen 10:45 Uhr stürmte der in Prag geborene 35-jährige Karel Charva ein Klassenzimmer, in dem gerade Englisch unterrichtet wurde.

Der mit zwei Pistolen bewaffnete Täter feuerte insgesamt achtmal auf den Lehrer, der schwerstverletzt wurde. Skrupellos schoss er dann weiter auf die Schülerinnen und Schüler der 6. Klasse. Der herbeieilende Rektor aus dem gegenüber liegenden Klassenzimmer wollte helfen und wurde von weiteren Schüssen tödlich getroffen.

Gisbert Beck, der die Schüsse vom Schulhof aus gehört hatte, begab sich sofort in die Schule und näherte sich in Uniform, aber unbewaffnet, auf dem Flur dem Klassenzimmer. „Waffe weg, Polizei“ waren die letzten Worte, die der Kollege dem Täter zurief, als dieser auch auf ihn feuerte. Er wurde tödlich getroffen. Weitere Kollegen eilten zur Unterstützung herbei und drängten den Täter in ein Klassenzimmer, wo er sich selbst mit einem Schuss tötete.

Bei der unglaublichen Tat wurden neben dem Kollegen Gisbert Beck auch der Rektor und 3 Schüler zwischen 12 und 13 Jahren getötet.

Weitere 13 Schüler und ein Lehrer wurden schwer verletzt. Das Motiv für die Tat konnte nie geklärt werden.

Gisbert Beck gab sein Leben für andere und wir möchten an dieser Stelle an die heldenhafte Tat erinnern und sein Andenken in Ehren halten. ■

Peter Wittig

ALS DIE POLIZEI NOCH MIT DEM KÄFER KAM...



Archivaufnahmen aus dem Februar 1967. Im Bild jeweils ein Dienstfahrzeug des Typs Opel Rekord B. Links als Zivilfahrzeug, rechts als Funkstreife. Beide Fahrzeuge waren eingesetzt bei der Polizeiautobahnstation Wiesbaden-Erbenheim, die zum damaligen Zeitpunkt noch Polizeiverkehrsbereitschaft hieß. ■

PW



AUS DEM BUNDESFACHAUSSCHUSS SCHUTZPOLIZEI

ORIENTIERUNG AN DEN ZUKUNFTSAUFGABEN – NEUE SCHWERPUNKTE IN DER GEWERKSCHAFTLICHEN ARBEIT BEI DEN KERNTHEMEN

Das Jahr 2013 begann für die Mitglieder des Bundesfachausschusses Schutzpolizei (BFA-S) arbeitsreich und mit einem sehr intensiven Austausch zu vielen schutzpolizeilich relevanten Themen. Nachdem der neue Fachausschussvorsitzende Rainer Schlipat und alle Mitglieder gemeinsam an unser verstorbene und langjähriges Mitglied Olaf Kühl gedachten, begrüßten wir den Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut. Er gab einen Überblick zu den aktuellen, bundesweiten Gewerkschaftsthemen.

Mit dem aktuellen Stand der damaligen Tarifverhandlungen wurden die Mitglieder umfangreich in Kenntnis gesetzt. Das Ergebnis der TdL und das in Hessen ist zwischenzeitlich bekannt und wir haben in diesem Heft darüber berichtet. Das zwischenzeitlich Berlin der TdL wieder beigetreten ist, bewertete Bernhard als positives Signal.

Das Positionspapier zur Untersuchung der Sicherheitsarchitektur bezeichnet er als sehr gelungen und stellt dar, dass der Verfassungsschutz eine wichtige Rolle in Deutschland spielt.

In diesem Zusammenhang bleibt die klare Positionierung der GdP zur Unterstützung eines Verbotsverfahrens der NPD unverändert.

Ein weiterer Schwerpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit stellt das Behördliche Gesundheitsmanagement (BGM) dar. Hier stehen weitere Veranstaltungen an. Trotz breiterer Erörterung ist weiterhin ein großer Handlungsbedarf gegeben. Das Thema kann nicht getrennt von der demographischen Entwicklung in Deutschland gesehen werden. Wie wirkt sich diese Entwicklung auf die Polizei aus? Stichworte: Gesundheit, Einstellungszahlen, Pensionierungen, fehlende Bewerbungszahlen (bis zu 1:10 früher, jetzt teilweise 1:2). Was sagt das möglicherweise über die Qualität der Bewerber aus? Entwicklungen, die wir dauerhaft und zeitnah begleiten und Fragen, die wir in Zukunft beantworten müssen.

Auch im Bundesvorstand hat es durch personelle Veränderungen Bewegung gegeben. Neue dienstliche Funktionen von Hugo Müller und Frank Richter haben auch Auswirkungen auf den BFA-S. In der Februarsitzung des GBV wurde entschieden, dass Jörg Bruchmüller nicht mehr für den BFA-S zuständig ist und Rüdiger Seidenspinner ihm in dieser Funktion nachfolgt.

Jörg Bruchmüller vertiefte die Ausführungen von Bernhard Witthaut. Es folgen weiter Darstellungen zum Verfassungsschutz, Fußball (ACAB), BGM, und zur Frage der Aufrechterhaltung des WSD vor dem Hintergrund der Zunahme der nur noch eingeschränkt einsetzbaren Kolleginnen und Kollegen. Es wird eine große Herausforderung, insbesondere vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung. Hier wird die GdP „Abwehrgefechte“ führen müssen, wenn es zukünftig um die Frage geht, wie Renten- und Pensionszahlungen gewährleistet werden sollen. Gleichwohl ist dieses Thema noch nicht entsprechend seiner Bedeutung in den Köpfen der Kolleginnen und Kollegen angekommen, auch gesamtgesellschaftlich noch nicht. Diese Entwicklung betrifft auch die Mitgliederentwicklung der GdP selbst.

Gut sind die Mitgliederentwicklungen bei den jungen Kolleginnen und Kollegen. Im bundesweiten Durchschnitt können gut 66 % der Neueinstellungen für die GdP gewonnen werden, in Hessen liegt dieser Prozentsatz sogar bei rund 80%.

Die Schwerpunktthemen in der Diskussion

Wenn man über die Zukunft der Polizei diskutiert, darf man auch Fragen zur Aufrechterhaltung des Wechselschichtdienstes (WSD) nicht außen vor lassen. In der bundesweiten Betrachtung subsumieren wir aktuell mehrere Problemfelder im WSD.

- Auswirkungen des demographischen Wandels
- Fehlende Attraktivität / Bezahlung
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Stellen-Hebungsprogramme gehen am WSD vorbei
- Spezialisierungen auch im WSD

Zentrale Frage wird sein, wie wir diese Themen gemeinsam transportieren. Fest steht, dass wir in allen Bundesländern und bei der Bundespolizei vergleichbare Problemfelder erkennen können. Hierbei geben nachstehende Überlegungen Hilfestellungen:

- Die Bedeutung von Öffentlichkeitsarbeit (auch, oder sogar im Besonderen in Wahlkämpfen) muss genutzt werden
- Permanente Strukturanalysen, Optimierung im Interesse der Kolleginnen und Kollegen

- Steuerungselemente zur Attraktivitätssteigerung können z. B. sein Regenerationsfrei, Lebensarbeitszeitkonten (wo diese vorhanden sind) monetäre Aspekte
- verlässliche Karriere-Planung auch im WSD
- Entprofessionalisierung der Polizei beenden (Stichwort Freiwilliger Polizeidienst und private Sicherheitsunternehmen)

Im Laufe der Diskussion wurde die Bedeutung der Botschaft nach innen für die Kolleginnen und Kollegen hervorgehoben. Es wurde angeregt, einen Beschlussantrag an den BV zu formulieren. Ziel könnte ein Positionspapier zum WSD aus dem BFA-S heraus sein. Vorbild könnten die Regelungen sein, die im Land Bayern aktuell beschlossen wurden. Headlines zu diesem Thema wurden dann gemeinsam erarbeitet. (Siehe Anlagen 2 und 3)

Polizeisitz für Streifenwagen

Lothar Hölzgen berichtet von den Anforderungen an einen Autositz, der die besonderen Faktoren des polizeilichen Dienstes (insbesondere Tragen des Funktionsgürtels) berücksichtigt. Die Überlegungen in Hessen sind, durch Initiativen der GdP, sehr weit fortgeschritten. Durch einen deutschen Sitzhersteller wurde bereits ein Prototyp entwickelt, der wesentliche Detailänderungen beinhaltet, die sich den Konturen der jeweiligen Kollegin /dem Kollegen anpasst, bzw. individuell anpassen lässt (variable Seitenkomponenten). Darüber hinaus ist die Polsterung im Bereich der Rückenlehne angepasst. Das System ließe sich nachträglich jedem Fahrzeugtyp anpassen. Auch wenn Fahrzeuge geleast werden, ist ein nachträgliches Ausrüsten möglich. Nach Ende der Leasingzeit kann ein Rückbau erfolgen. Ein qualitativ hochwertiger Polizeisitz weist eine längere Lebensdauer auf, so dass er in mehreren aufeinander folgenden Fahrzeugmodellen Verwendung finden könnte. Aktuell hat man in Hessen ein Forschungsprojekt ausgeschrieben und hierfür 60.000,- € zur Verfügung gestellt.

Fehlbetankungssysteme für Streifenwagen

Peter Hugo informierte die Runde darüber, dass in NRW die neuen Dienstfahrzeuge (VW) mit einem Aufsatz versehen werden, der eine Fehlbetankung verhindert. Das System kostet um die 60 Euro. Verschiedene Hersteller verhindern den nachträglichen Einbau dieser Schutzmechanismen, indem sie auf Lüftungstechnische Probleme hinweisen. Ford bietet hingegen ein Fehlbetankungssystem bereits ab Werk an.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die Entsorgung von abgepumpten Kraftstoffen mit teils sehr hohen Beträgen in Rechnung gestellt wird. Die Kosten durch Entsorgungsunternehmen betragen jedoch wenige Cent pro Liter (Entsorgung von flüssigen Abfällen: EAK 130701 bis EAK 130703). Hier kann über den Rechtsschutz den Kollegen noch geholfen werden. Die Botschaft muss lauten, in jedem Regressfall die Personalvertretung einzuschalten.

Aus dem Einsatzgeschäft

In punkto Kennzeichnungspflicht (Namensschilder) werden die Sachstände dargestellt und abgeglichen. Diese stellen sich heterogen dar. Die Spanne reicht von keiner Regelung zur Kennzeichnung, bis hin zur bereits eingeführten Kennzeichnungspflicht per Erlass oder Gesetz (BB).

In Berlin ist die Kennzeichnungspflicht eingeführt (mehrere Nummern zur Auswahl + Name) Bayern: keine Regelung / Bedarf wird nicht gesehen.

In Brandenburg werden zwei Klagen beim Verfassungsgerichtshof als Musterklagen vorbereitet. Klageführer ist ein Beamter aus dem WSD und der Bereitschaftspolizei (eine Nummer oder Name).

In Bremen gibt es die Freiwilligenregelung. Hamburg hat noch keine Regelung / im WSD Namenskennzeichnung. Hessen – Freiwilligenregelung. Mecklenburg Vorpommern – Freiwilligenregelung. Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen – noch keine Regelung. In Rheinland-Pfalz wurde dem HPR ein Erlass vorgelegt, den dieser ablehnte. In Sachsen-Anhalt besteht grundsätzlich die Verpflichtung zum Tragen eines Namensschildes. In bestimmten Situationen kann vom Tragen abgesehen werden. In Schleswig Holstein ist die Kennzeichnungspflicht per Erlass eingeführt worden. Eine Namenskennzeichnung in Thüringen besteht nur im WSD.

Nicht haltbar ist wohl in letzter Konsequenz das Argument, dass sich alle Klage-/Beschwerdefälle bisher auch ohne Kennzeichnungspflicht aufklären ließen. Hinzu kommt, dass Amnesty International eine sehr hohe Glaubwürdigkeit und Akzeptanz wohl auch innerhalb der Polizei genießt. Es bleibt also die Frage der konkreten Ausgestaltung der jeweiligen Regelung im Rahmen der Mitbestimmung.

Darüber hinaus wird nur dann die Möglichkeit gesehen, das Thema neu aufzugreifen, wenn Kolleginnen oder Kollegen aufgrund der Kennzeichnungspflicht einer Gefährdung / Nachstellung ausgesetzt sind/waren.

Die Fachausschüsse der Länder werden gebeten, entsprechende Fälle zu erheben bzw. bei ihrem Bekanntwerden dem GBV mitzuteilen. Das ist auch vor dem Hintergrund des Klageverfahrens in BB von Bedeutung. Über einen in NRW gekant gewordenen Fall soll nachberichtet werden.

Steigende Zahlen von Vorführungen durch die Polizei mit zum Teil sehr langen Anfahrtswegen, steigende Belastungen durch Fußballspiele in allen Ligen, ausufernde Facebook-Partys und länderübergreifende Einsätze in Verbindung mit der Einführung des Digitalfunks waren ebenfalls Themen eines intensiven Erfahrungsaustauschs.



Kompetente Facharbeit:

V.l.: Wolfgang Britt (BB), Maic Dreesmann (HB), und Lothar Hölzgen (HE).

Rechts im Bild die Moderatoren Hans-Jürgen Marker, Jörg Bruchmüller für den Bundesvorstand und Rainer Schlipat (BE), Vorsitzender des BF-S.

Kongressanträge in der Sachbearbeitung des BFA-S

B² (Zurückstellung der Faktorisierung zugunsten einer Forderung der generellen besonderen Altersgrenze von 60 Jahren für den Polizeidienst)

- „Polizistinnen und Polizisten arbeiten max. bis zum 60. Lebensjahr“, bleibt gewerkschaftliche Grundforderung.
- Es wurde aber auch breit festgestellt, dass es gute Argumente gibt, keine völlige Abkehr von dem Gedanken einer Faktorisierung zu betreiben, da man mit dieser Regelung in einigen Ländern recht gute Ergebnisse erzielen konnte
- Zugleich wird der Bedarf gesehen, neben den WSD weitere Dienste zu benennen, die als ähnlich belastend angesehen werden und demzufolge im Rahmen einer Faktorisierung zur einer Lebensarbeitszeitverringerung führen müssen.

In der Folge dieses sehr intensiven Austausches wird sich der Fachausschuss nunmehr, entgegen des Beschlusses durch den 24. Ordentlichen Bundeskongress, inhaltlich doch noch einmal mit der Faktorisierung von besonders belastenden Diensten auseinandersetzen und ein überarbeitetes Positionspapier dem GBV vorlegen. Lothar Hölzgen, der bereits im Februar 2004 ein 11-seitiges Eckpunktepapier zur „Faktorisierung der Schichtarbeit“ erarbeitet hat, wird sich gemeinsam mit Maic Dreesmann (HB) dieser Aufgabe annehmen.

B⁴ Dem Antrag „Besondere Arbeitszeitmodelle für lebensältere und/oder schwerbehinderte Kolleginnen und Kollegen“ wurde bereits zugestimmt. Der Bundesvorstand wird sich hier dafür einsetzen, dass entsprechende Arbeitszeitmodelle weiterentwickelt werden, die z. B. begrenzte Nachtdienste und das Anbieten von Kuren beinhalten. Die Palette der Möglichkeiten ist hier sicherlich noch breiter und muss vollumfänglich genutzt werden, um gerade den besonderen Belastungen des Schicht- und Wechseldienstes und der generell belastenden Polizeiarbeit gerechter zu werden.

Von mehr Flexibilität und das „sich kümmern“ um Kolleginnen und Kollegen, die den gesundheitlichen Anforderungen nicht mehr vollumfänglich gerecht werden können, werden letztendlich alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer profitieren.

B⁵ befasst sich mit der Einführung von Lebensarbeitszeitkonten (LAK). Hier vertreten die Mitglieder des BFA-S die Auffassung, dass die Belastung unserer Kolleginnen und Kollegen heute entstehen und zeitnah zur stetig stattfindenden Belastung ein Regenerationsangebot über den Urlaub hinaus vorhanden sein muss. **Das LAK stellt nur einen ungedeckten Scheck dar.**

Diese gewerkschaftliche Position muss den Betroffenen Kollegen vermittelt werden. Hessen hat mit der Einführung eines Lebensarbeitszeitkontos eine Öffnungsklausel eingebaut, die eine vorzeitige Inanspruchnahme (ohne Nennung von Gründen) ermöglicht. Natürlich nur, sofern dies mit den dienstlichen Belangen und den Urlaubsplanungen in Einklang zu bringen ist. In der praktischen Anwendung funktioniert es auch!

D² Mit der Entwicklung von europarechtskonformen Schichtdienst- und Einsatzkonzepten befasste sich dieser Antrag. Das Thema 12-Stunden Regeldienst wird innerhalb der Polizei sehr kontrovers diskutiert. Arbeitsschutz, Gesundheitsmanagement und vorbeugende Gesunderhaltung kontra nachvollziehbarer Ar-

gumente der direkt Betroffenen, die bei kürzeren Dienstzeiten häufiger zur Arbeit fahren müssen und hierfür einen nicht unerheblichen Zeitaufwand betreiben müssen.

Gewerkschaftliche Initiativen für die eine oder andere Zielrichtung können diesem komplexen Thema nicht ausreichend gerecht werden. Vielmehr müssen in der gewerkschaftlichen und personalrätlichen Basisarbeit die Bedürfnisse der direkt betroffenen Kolleginnen und Kollegen berücksichtigt werden – Mehrheitsverhältnisse sollten hier durchaus hilfreiche Ratgeber bei der Entscheidung von Dienstabläufen sein.

Unumstritten war hingegen die Frage, wie wir zukünftig mit planbaren Einsätzen und Bereitschaftszeiten verfahren.

Es ist und bleibt unakzeptabel, dass Einsätze von 12, 16 und mitunter sogar von über 20 Stunden geplant und durchgeführt werden.

Langjährige Erfahrungen aus unzähligen Einsätzen lassen Planungen zu, die solche Einsatzzeiten grundsätzlich ausschließen – dies ist und bleibt ein Schwerpunkt in der gewerkschaftlichen Arbeit.

Der unter D22 angenommene Antrag, der sich mit der Mindestausstattung von Diensträumen befasst, wird vom BFA-S aktiv aufgenommen. Es wird eine AG eingerichtet, die Erkenntnisse und Erfahrungen über die Mindestausstattung von Diensträumen zusammenträgt. Im Ergebnis wird ein Leitfaden – unter Berücksichtigung gesetzlicher Vorgaben – erarbeitet.

Selbstverständnis BFA-S

Aus der Mitte des Fachausschusses wurde das Selbstverständnis des Gremiums hinterfragt. Ausgangspunkt der Erörterung war die Tatsache, dass der BFA-S seit 1½ Jahren nicht mehr vom GBV einberufen worden war. Die Teilnehmer sind sich darin einig, dass eine Einberufung keinen Selbstzweck darstellt. Wichtig ist, dass relevante Tagesordnungspunkte zur Erörterung aus den Ländern in den GBV gebracht werden. Allerdings erfüllt der BFA-S nicht nur eine Beratungsleistung des GBV, sondern er dient auch der Rückkopplung von Informationen in die Länder, hier die Fachausschüsse der Schutzpolizei. Es bleibt den Mitgliedern des BFA-S unerklärlich, warum der GBV sich nicht häufiger dieses Fachausschusses bedient und Untersuchungsaufträge klar formuliert. Die Mitglieder dieses Fachausschusses sind bereit, aus ihrer tiefen Fachkenntnis heraus, diese Unterstützungsleistung vollumfänglich dem GBV zur Verfügung zu stellen – eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Auch vor dem Hintergrund der Staffelübergabe an Rüdiger Seidenspinner hoffen die Teilnehmer, dass in 2013 eine zweite Sitzung einberufen wird. Die Themen und Fragestellungen werden dem GBV entsprechend zugeleitet werden.

In der nächsten Ausgabe werde ich einen Überblick zu den Länderberichten geben, die anlässlich dieser Sitzung von den einzelnen Mitgliedern vorgelegt und ausgetauscht wurden. ■

Lothar Hölzgen

Auf der Folgeseite drucken wir die beiden Anlagen ab, die sich mit den Themen

„Schichtdienst und demographischer Wandel“ und die „Berliner Erklärung zum Wechselschichtdienst“ befassen.

Auf beide Themen wurde im Artikel Bezug genommen.

Anlage 2 Bundesfachausschuss Schutzpolizei der GdP

Berlin, 30. und 31. Januar 2013

An den GdP Bundesvorstand

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Mitglieder des BFA-S haben sich im Rahmen Ihrer Sitzung am 30. und 31.01.2013 in Berlin eingehend mit der bundesweiten Gesamtproblematik des Schicht- und Wechseldienstes befasst. Rund um die Frage der „Attraktivität des Polizeiberufes“ hat der GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut in seinem gewerkschaftlichen Bericht zu Recht auf die problematische Entwicklung, mit Blick auf den demographischen Wandel, hingewiesen. In diesem Zusammenhang wurde auch festgestellt, dass bei den jüngsten Einstellungsmaßnahmen der Hansestadt Hamburg lediglich zwei Bewerber auf eine freie und besetzbare Ausbildungsstelle bei der Polizei kamen – eine alarmierende Entwicklung!

Diese Entwicklung sehen die Mitglieder des BFA-S teilweise der Tatsache geschuldet, dass der Polizeiberuf immer unattraktiver wird. Die besonderen Belastungen, die dieser Beruf zwangsläufig mit sich bringt, gipfeln in zunehmendem Maße darin, dass gerade für besonders belastende Dienste wie z. B. dem klassischen Wechselschichtdienst keine ausreichenden, ausgleichenden Erholungszeiten zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus werden für gleiche belastende Dienste in ihrer Höhe sehr unterschiedliche Zulagen – je nach Land – gewährt. Der BFA-S ist in seiner Gesamtheit zu dem Ergebnis gekommen, den geschäftsführenden Bundesvorstand aufzufordern, hier eine Initiative „pro besonders belastender Dienste in der Polizei“ zu starten die nachstehende Inhalte zum Schwerpunkt haben soll:

- Gewährleistung, dass Sachbearbeiter im WSD endlich realistische Aussichten auf eine Beförderung nach A 11 erhalten.
- Ausweisung von Dienstposten im Bereich des Wechselschichtdienstes nach A 12 und A 13.
- Einheitliche Berechnungsgrundlagen für das Erreichen von zusätzlichen Urlaubstagen: 6 Zusatzurlaubstage!
- Erhöhung des Stundensatzes beim DuZ auf eine einheitliche Stundenvergütung von mindestens 5 Euro.
Diese Zulage ist zu dynamisieren.
- Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und die besondere Altersgrenze von 60 Jahren muss erhalten bleiben / wieder eingeführt werden.

Darüber hinaus sehen wir das Erfordernis die Frage zu untersuchen, wie dem Trend der weiteren Ausdünnung der polizeilichen Präsenz in der Fläche begegnet werden kann. Wir sind uns einig, dass die Frage nach Mindeststandards der polizeilichen Präsenz untersucht werden muss.

Die beigefügte „Berliner Erklärung zum Wechselschichtdienst“ fasst unsere Position schlaglichtartig zusammen.

Mit kollegialen Grüßen

Rainer Schlipat	Björn Neureuter
(Vorsitzender)	(Schriftführer)

Anlage 3 Bundesfachausschuss Schutzpolizei der GdP**Berliner Erklärung zum Wechselschichtdienst**

Bei den unter dem Wechselschichtdienst (WSD) zusammengefassten Tätigkeiten handelt es sich um eine herausragende polizeiliche Kernaufgabe. Dessen Gewährleistung sieht der Bundesfachausschuss Schutzpolizei zunehmend gefährdet. Ursächlich hierfür sind die Schlechterstellung der Kräfte, die unmittelbar für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland verantwortlich sind und die zunehmende Ausdünnung der polizeilichen Präsenz vor Ort.

Um dem entgegen zu wirken, wird das Erfordernis folgender Maßnahmen/Forderungen gesehen:

- Gewährleistung, dass Sachbearbeiter im WSD endlich realistische Aussichten auf eine Beförderung nach A 11 erhalten.
- Ausweisung von Dienstposten im Bereich des Wechselschichtdienstes nach A 12 und A 13.
- Einheitliche Berechnungsgrundlagen für das Erreichen von zusätzlichen Urlaubstagen: 6 Zusatzurlaubstage!
- Erhöhung des Stundensatzes beim DuZ auf eine einheitliche Stundenvergütung von mindestens 5 Euro.
Diese Zulage ist zu dynamisieren.
- Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und die besondere Altersgrenze von 60 Jahren muss erhalten bleiben / wieder eingeführt werden.

Der Bundesfachausschuss der Schutzpolizei sieht es darüber hinaus als zwingend an, dass personelle Mindeststandards erarbeitet werden, die eine polizeiliche Präsenz in der Fläche wieder dauerhaft gewährleisten.

Den politischen Verantwortungsträgern muss bewusst sein, dass diese in den meisten Ländern teilweise nicht mehr gegeben ist und so die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gefährdet wird. Eine nachhaltige Steigerung der Attraktivität des WSD ist für die Aufrechterhaltung dieser Sicherheit unabdingbar.

NEUER VIZEPRÄSIDENT DER BEREITSCHAFTSPOLIZEI

DAS SCHIFF DER HESSISCHEN BEREITSCHAFTSPOLIZEI IST WIEDER AUF KURS



Nach den zurückliegenden Ruhestandsversetzungen von Präsident und Vizepräsident und dem viel zu frühen Tod unseres Kollegen Hellmut Lohse, wurde im Februar 2013 die erste Vakanz in der Führungsriege geschlossen.

Wenngleich die Stelle des Leiters der HBP derzeit noch nicht besetzt ist, weil das Ausschreibungsverfahren noch andauert, übernimmt mit Rainer Brüssow der bisherige Vizepräsident des PP in Westhessen nunmehr die Aufgaben des Vizepräsidenten der HBP.

Der 55-jährige „Schutzmann“, der seinen Beruf von der Pike auf gelernt hat, freut sich auf die vor ihm liegenden Aufgaben. Am Aschermittwoch nutzte er bereits die Gelegenheit, die Kolleginnen und Kollegen des Präsidiums näher kennenzulernen. Nach einem einstündigen Meinungsaustausch mit den Führungskräften stellte sich der neue Vizechef allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor. Rainer Brüssow ist verheiratet und wohnt im Hochtaunuskreis.

Besonders erwähnenswert war seine kurze Ansprache, die neben der Darstellung seines beruflichen Werdegangs auch seine kollegiale Einstellung durchblicken ließ. Ein gemeinsames Miteinander ist

eine gute Grundlage für die Bewältigung anstehender Aufgaben.

„Seine Türe, ergänzte Rainer Brüssow, werde daher stets für die Anliegen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter offen stehen.“

Mit Blick auf das Selbstverständnis der Bereitschaftspolizei innerhalb der Polizeifamilie machte der neue Vizepräsident deutlich, „dass die Arbeit der Bereitschaftspolizei in der Fläche einen hohen Stellenwert genieße.“

Berufliche Meilensteine

Nach der Ausbildung, die er 1973 bei der III. BPA in Mühlheim am Main begann, war er zehn Jahre lang als Streifenbeamter und Sachbearbeiter in der Ermittlungsgruppe bei der PSt. Oberursel tätig. Nach Abschluss der Ausbildung für den gehobenen Polizeivollzugsdienst (1983 -1986) führte ihn sein Weg zur PSt. Kelkheim als Dienstgruppenleiter, damals noch eine Dienststelle des PP Frankfurt am Main. In Folge leitete er beim Polizeipräsidium Frankfurt/Main auch die Unfallfluchtgruppe und war zudem stellvertretender Leiter des Zentralen Verkehrsunfalldienstes.

Nach der Ausbildung zum höheren Polizeivollzugsdienst war er Leiter der Schutzpolizei in Korbach, des Direktionsstabes Einsatz in Bad Homburg sowie Chef der Polizeidirektionen Main-Taunus und Wetterau.

In dieser Zeit war er zudem Angehöriger der Arbeitsgruppe zur Neustrukturierung der HBP, sodass ihm die Organisation und Struktur der Bereitschaftspolizei nicht gänzlich fremd ist.

Beim PP Westhessen wurde er in Folge Leiter des Abteilungsstabes, im Anschluss daran Leiter der Abteilung

Einsatz und schließlich zum Vizepräsidenten berufen.

Mit der Rückkehr zur Bereitschaftspolizei rund 40 Jahre nach Beginn seiner Ausbildung trägt er auch wieder die blaue Dienstbekleidung, die er als Vizepräsident beim PP Westhessen gegen Zivilbekleidung eintauschen musste.

Verabschiedet wurde im Kollegenkreise Michael Hallstein, der nach seiner Verwendung in der Leitungsfunktion wieder zum PP Frankfurt zurückkehren wird.

Jens Mohrherr



EBE LANGT'S – NEULICH WAR'S WIEDER SOWEIT...

VON EINEM, DER SICH NICHT DAMIT ABFINDEN WILL, DASS ER SICH MIT VIELEM ABFINDEN MUSS

Ich habe mich mittlerweile damit abgefunden, dass ich fast jedes Wochenende arbeiten muss. Ich habe mich damit abgefunden, dass Fußballspiele, bis hinunter in die unteren Spielklassen, und Volksfeste, wie beispielsweise die „Dippemess“ in Frankfurt oder das „Heinerfest“ in Darmstadt, keine planbaren Ereignisse sind und sie überraschenderweise immer wieder stattfinden. Ich habe mich damit abgefunden, kurzfristig alarmiert zu werden und die Familie und die Freunde stets und ständig vor den Kopf zu stoßen.

Aber neulich, neulich „hats echt mal wieder gelangt!“



Mein Dienstplan wurde am Freitag für die nächste Woche abgesegnet. Ich musste lernen, im Polizeidienst kann man nicht planen, schon gar nicht sein Privatleben – aber was war das noch gleich? Na ja, egal, auf jeden Fall bekomme ich nun meinen Dienstplan für die nächste Woche. „Super“ denke ich und versuche, nun mein Privatleben Drumherum zu basteln. In der Woche Fortbildung an der HPA in Wiesbaden, Sonntag einen 12-Stunden-Ergänzungsdienst. Ich verabrede mich Freitagnachmittag auf einen Kaffee mit einer Freundin. Am Dienstagabend werde ich in Wiesbaden angerufen. Ich soll am Freitag mit zu einem Sondereinsatz.

Okay, kommt vor, es stört mich nicht mehr. Ich nehme es nur noch zur Kenntnis und freue mich darüber, dass es immerhin schon am Dienstagabend bekanntgegeben worden ist!

Daraufhin rief ich meine Freundin an und sagte den geplanten Kaffee am Freitag ab und wir beschlossen, das Treffen auf Samstagnachmittag zu verschieben. Am Mittwoch wurde ich darüber informiert, dass dieser Einsatz für mich doch nicht stattfindet.

Nun gut, sagte ich zu mir, freute mich und ich rief wieder meine Freundin an, aber wir beließen es bei dem Termin am Samstag, da sie sich mittlerweile schon etwas anderes vorgenommen hatte. Am Donnerstagnachmittag wurde ich erneut in Wiesbaden angerufen. Jetzt sollte ich



am Samstag mit zu einem Sondereinsatz. Daraufhin rief ich wieder bei meiner Freundin an und sagte den Termin am Samstag ab. Ihr Kommentar: „Sag mal, wissen deine Vorgesetzten eigentlich noch, was sie tun?“ Gute Frage, aber motiviert sollen wir bleiben, gut gelaunt – es fällt immer schwerer.

Ich versuche, ruhig zu bleiben, ich versuche, mich nicht darüber zu ärgern – ebe langt's! Ich fühle mich wie ein Leibeigener, wie eine Nummer, wie eine verfügbare Masse, die man nach Belieben hin- und herschieben kann. Meine Gedanken formulieren einen Brief, einen Brief, den die wirklich Verantwortlichen wohl nie zu lesen bekommen werden:

Liebe Verantwortliche!

Sie sind ja auch nicht in der Situation, dem Bürger gegenüber zu erklären, warum Sie 45 Minuten für den Weg zur Verkehrsunfallaufnahme gebraucht haben. Ich verstehe nicht, warum aus unseren Gurtkontrollen jetzt urplötzlich Safety-Belts-Kontrollen geworden sind. Immerhin setzen Sie bei uns schon gewisse Englischkenntnisse voraus. Trotzdem geriet ich fast in Versuchung, bei der Verkehrskontrolle den Verkehrsteilnehmer zu fragen, ob er denn auch eine Schwimmweste unter seinem Sitz hat.

Ich verstehe es nicht mehr, warum die Polizei so komplett verschieden in Personalverteilung und Sachausstattung aufgestellt sein kann. Wo sind die weiterführenden Berechnungen der seinerzeit so hoch gelobten AG Personal? Was geschieht, wenn das „Überhangpersonal“,

ein im Übrigen grässliches Wort, der Bereitschaftspolizei verteilt ist?

„Ebe langt's“, liebe Verantwortliche, bitte erklären Sie es mir. Ich verfüge anscheinend nicht über die nötige Intelligenz und Kompetenz, dass sich mir diese Situationen auf Anhieb erschließen.

Sie hätten mich am Wochenende einfach mit meiner Freundin ein Kaffee trinken lassen sollen, dann hätte ich Ihnen diese Zeilen einfach erspart und hätte meinen Frust an anderer Stelle auslassen können. Aber wenn das so weitergeht, habe ich bald keinen mehr, der mit mir zu Hause einen Kaffee trinken möchte. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende im Kreise Ihrer Familien und Ihren Freunden. Vielleicht besuchen Sie ein beliebtes Volksfest oder ein Fußballspiel – oder gar den Ball des Sports, in unserem Hessenland.

Ich werde bestimmt auch da sein, schick angezogen im „alten grünen Einsatzanzug“ – den neuen kann ich mit meinen jährlichen 220 Euro Budget für Dienstbekleidung (bei rund 350 Euro Anschaffungskosten) nicht leisten – und mit dem üblichen Verpflegungsbeutel, auf der verzweifelten Suche nach jemandem, der sein Käsebrötchen gegen meine Würstchen eintauscht.

Aber mal sehen, wahrscheinlich ist dieses Mal auch wieder ein Schokoriegel mit drin. Ach ja, meinen Kaffee werde ich vielleicht auch noch bekommen – im Papierbecher, mit Glück noch ein wenig warm – aber immerhin in Gesellschaft Gleichgesinnter natürlich. ■

Verfasser bekannt



WILFRIED HONECKER ÜBERGIBT AN MIKE MESSER

WECHSEL AN DER SPITZE DES SENIORENVORSTANDS DER BZG WESTHESSEN

Am 16. April 2013 fand während der Seniorenkonferenz der Bezirksgruppe Westhessen an der Polizeiakademie eine Stafflübergabe in dem Vorstandsvorsitz statt.

Wilfried Honecker stellte sein Amt nach nunmehr fast acht Jahren zur Verfügung. Und ein Jungpensionär namens Mike Messer stellte sich nach einer Funktionspause von 3 Jahren wieder für die Vorstandsarbeit in der Bezirksgruppe Westhessen zur Verfügung.

Zunächst

jedoch ein Rückblick auf die vergangenen Jahre und die Seniorenarbeit von Wilfried Honecker in der Bezirksgruppe.

Im September 2005 begann für ihn die Tätigkeit im Seniorenvorstand Westhessen. Unter dem Vorsitzenden Jörg Stein wurde er zum Beisitzer gewählt.

Bereits einen Monat später wurden Beschlüsse gefasst, um die zukünftige Seniorenarbeit zu intensivieren.

Zum Jahresende kam es dann zu der Situation, dass Wilfried Honecker durch den Vorstand gebeten wurde, kommissarisch die Funktion des Vorsitzenden zu übernehmen, was er denn auch tat.

Und diese zunächst kommissarische Tätigkeit dauerte dann an bis Ende 2007, wo

er dann durch den Vorstand formell in das Amt gewählt wurde.

Am 28. Mai 2009 stellte er sich dann erneut bei der Seniorenkonferenz zur Wahl, wo er einstimmig wiedergewählt wurde.

Das Amt begleitete er dann bis zum 16. April 2013.

Über die Jahre steuerte Wilfried das Boot der Senioren mit viel Sachverstand durch alle Gewässer und es wurde eine äußerst erfolgreiche Tätigkeit.

Als erfahrener Hase in vielen Ämtern innerhalb der GdP und der Personalräte brachte er doch einiges an Erfahrung mit, die ihm für sein Amt hilfreich sein sollte.

Erfolgreiche Zeit im HPVKA

Ich möchte sehr gerne an die Zeiten erinnern, in denen er sich intensiv für die Belange der Autobahnpolizisten in Hessen einsetzte.

Sein polizeilicher und gewerkschaftlicher Mittelpunkt war schon immer die Autobahn gewesen.

Sei es in der örtlichen Kreisgruppentätigkeit für die damaligen PAST'en Idstein und Wiesbaden oder aber in der personalrätlichen, damals noch örtlichen Personalratsebene, bis hin zu dem Gesamtpersonalrat des HPVKA und dem

Übergangspersonalrat der Neuorganisation 2001. Wilfried war immer ein verlässlicher Kämpfer für die Belange der Kolleginnen und Kollegen.

Eine äußerst erfolgreiche Zeit war die unter dem Dach eines landesweiten Polizeiverkehrsamtes, das von 1998 bis 2001 die Geschicke der Kolleginnen und Kollegen der PAST'en, Wasserschutzpolizei und der Hubschrauberstaffel lenkte.

Hier wurden richtungsweisende, durch die GdP vorangetriebene Themen in die Diskussion gebracht und umgesetzt.

Ein Meilenstein

war das Thema „Arbeitsplatz Autobahn“, der Beginn hin zu einer Diskussion über die Tätigkeiten in Streifenwagen. Die Erfolge sind heute noch spürbar, blicken wir auf die wegweisende Ausstattung und Ausrüstung sowie die zielgerichtete Beschaffung von Fahrzeugen für diesen Bereich.

Zurück zur Seniorenarbeit in der Bezirksgruppe. Wilfried nahm die Beschlusslage der Senioren auf und organisierte in enger Zusammenarbeit mit dem Bezirksgruppenvorstand unter Peter Wittig die Veranstaltungen für die Senioren Westhessens, und später auch für die benachbarten Zentralbehörden und HBP.



Gemeinsam haben wir Veranstaltungen und Ausflüge angeboten, deren Teilnehmerzahlen bis heute stetig ansteigen.

So wurde im Oktober 2008 mit einem ersten **Tagesausflug in den Rheingau** begonnen. Hieran nahmen 49 Personen teil, die wir alle passend in einem Bus unterbringen konnten.

Im April 2009 fand das erste **Tagesseminar unter dem Titel Beihilfe, Ernährung und Versicherung** an der damaligen Polizeischule statt.

Im August 2010 starteten wir den zweiten **Tagesausflug über Rhein und Mosel** bis nach Niederlahnstein. Hier benötigten wir dann bereits 2 Busse, da die Teilnehmerzahl auf über 90 anstieg.

Im September 2010 fand das 2. **Tagesseminar mit dem Thema Pflegeversicherung** im HLKA statt.

Der dritte **Tagesausflug führte uns nach Miltenberg und Bürgstadt**, wiederum mit 2 Bussen und 96 Teilnehmern.

Beim letzten **Ausflug im August 2012 ging es dann in Richtung Norden, zum Biggensee**, wiederum mit voll besetzten 2 Bussen.

Beteiligung der Seniorinnen und Senioren der BZG'en PZBH und HBP

An dieser Stelle darf ich gerne erwähnen, dass wir seit 2010 die Ausflüge und Veranstaltungen auch den Seniorinnen und Senioren der benachbarten Kreisgruppen aus dem HLKA, PTLV, Polizeiakademie und der Bereitschaftspolizei anbieten, was zu einem großen Zulauf und viel Zufriedenheit geführt hat. Und wir werden dies auch weiter verfolgen, wie ihr an dem Angebot in diesem Heft für den Ausflug am 08. August 2013 seht.

Im Oktober 2012 fand dann eine gemeinsame **Veranstaltung des Seniorenvorstands mit der Kreisgruppe Limburg-Weilburg** statt. Thema war das hessische Beihilferecht mit einigen Änderungen.

Und die organisatorischen Vorbereitungen für den **Ausflug am 21. August 2013** sind im vollen Gang.

Als Vertreter der Senioren der BZG Westhessen nahm Wilfried weiter an vielen Sitzungen des Bezirksgruppenvorstands und auch des Landesseniorenvorstands teil. Hier war er seit 2009 auch im Vorstand vertreten.

Nun hat sich Wilfried Honecker bereits seit längerer Zeit anderen Aufgaben verschrieben. Daher setzte er uns schon im letzten Jahr darüber in Kenntnis, dass er seinen Posten bei den Senioren zur Verfügung stellt.

Ich möchte hier die Gelegenheit nutzen, ihm für sein außerordentliches Engagement für die Seniorinnen und Senioren der BZG Westhessen ganz herzlich zu danken.

Wir werden seinen eingeschrittenen Weg fortsetzen und die Seniorenarbeit weiter entsprechend unterstützen. Natürlich wird er in einem würdigen Rahmen während der Delegiertenkonferenz am 28. und 29. November 2013 verabschiedet.

Ich darf ihm aber auch weiterhin ein glückliches Händchen für seine Tätigkeit in seinem Heimatort Limburg-Linter wünschen.

Lieber Wilfried, herzlichen Dank für dein Engagement!

Nun ist es so, wie es ist.

Der Eine geht, dann muss ein Neuer her. Und hierüber hat sich natürlich sowohl der Vorstand, als auch der Bezirksgruppenvorsitzende so seine Gedanken gemacht. Und nichts liegt näher, als sich „auf dem Markt“ nach einem Nachfolger umzusehen, der bereits viele Dinge mit sich bringt, um ein solches Amt nahtlos übernehmen zu können.

Und bereits im vergangenen Jahr wurden erste zaghafte Annäherungsversuche an einen Jungpensionär gestartet, der zwar privat in sehr vielen Bereichen beschäftigt ist, von dem ich aber wusste, dass seine GdP ihn nie gänzlich in Ruhe gelassen hat.

2010 ging Mike Messer in Pension und hatte über viele Jahrzehnte in Gewerkschaft und Personalrat herausragende Arbeit geleistet.

Warum also nicht einfach frei heraus fragen, was ich dann auch gemeinsam mit Wilfried Honecker tat.

Und nach ein wenig Bedenkzeit hat er sich dazu bereit erklärt, diese Herausforderung anzunehmen.

Während der Seniorenkonferenz am 16. April 2013 wurde er einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt. Ich bin überzeugt, dass er mit seinen Erfahrungen und dem bekannten Engagement an die neue Aufgabe herangeht.

Eine erste, kurzfristig anberaumte Sitzung hat am 10. Mai 2013 bereits stattgefunden. Außer einigen organisatorischen Dingen stand der geplante Ausflug 2013 im Mittelpunkt. Mehr dazu könnt ihr ja diesem Heft entnehmen.

Lieber Mike, auch dir an dieser Stelle viel Glück im neuen Amt und viel Erfolg dabei. Du wirst sehen, dass sich diese Mühe lohnt, denn ich weiß es aus persönlichen Erfahrungen, dass unsere Seniorinnen und Senioren äußerst dankbar sind – und nebenbei – welcome back! ■

Peter Wittig



Die Kreisgruppe der PAST Idstein



Gewerkschaftsarbeit mit MP Eichel



Die frühen Jahre des Herrn Honecker



EIN LESERBRIEF ZUM THEMA ARBEITSPLATZ BAB

DIESE MEINUNG ERREICHTE UNS ZU DEM TITELTHEMA DER ZEITSCHRIFT DEUTSCHE POLIZEI, AUSGABE MAI 2013

Liebe Redaktion,

beim Lesen des Artikels habe ich wieder einmal feststellen können, dass die Polizei das Rad immer wieder neu erfindet.

1997 hatte das Land Hessen seine Autobahnpolizeidienststellen zusammen mit der Wasserschutzpolizei, der Hubschrauberstation und der Fernmeldeleitstelle zu einem „Hessischen Polizeiverkehrsamt“ zusammengefasst, nicht zuletzt auf Initiative der GdP Hessen. Mir war es vergönnt, diese Behörde damals mit aufzubauen und zum 31. 12. 2000 als dann amtierender Amtsleiter wieder abzuwickeln.

In dieser Zeit beschäftigte uns das Thema „Sicherheit bei der Unfallaufnahme“ nach schweren Unfällen, davon auch einem, bei dem ein Polizeibeamter getötet worden war. Für mich war das Anlass, zusammen mit dem Personalrat und den Technikern der Behörde nach Lösungen zu suchen. Eine Auswertung der Unfälle hatte ergeben, dass – im Gegensatz zu Unfällen mit Streifenfahrzeugen im innerstädtischen Bereich – die Hauptursache im Auffahren auf den stehenden Streifenwagen zu suchen war. Dies war Anlass für folgende Überlegungen, die auch im Land Hessen umgesetzt worden sind:

Nicht alleine die Motorisierung darf ein Kriterium für die Beschaffung von Streifenwagen für die Autobahn sein, sondern die Sicherheit bei Auffahrunfällen; das bedingte per se größere Fahrzeuge, weil die „kleineren“ Streifenwagen keinen ausreichenden Schutz bei Auffahrunfällen bieten! Entscheidend ist die „hintere Knautschzone“, wenn sich Beamte im

Fahrzeug bei der Unfallaufnahme befinden.

Aber warum fuhren nüchterne, absolut verkehrstüchtige Fahrzeugführer auf Streifenfahrzeuge auf, die schon kilometerweit zu sehen sein mussten?

Der Lösung dieser Frage bin ich selbst auf die Spur gekommen, als ich auf einer Autobahn im Rhein-Main-Gebiet bei sich verdichtendem Verkehr zwei Blaulichter in der Ferne sah und glaubte, dass durch den Streifenwagen, der sich „freie Bahn“ verschafft, auch der Verkehr wieder flüssiger werden würde. Als ich aber näher kam, stellte ich fest, dass diese Blaulichter sich nicht freie Bahn verschafften, sondern eine Unfallstelle absicherten. War das die Lösung? Assoziiert der Kraftfahrer bei Blaulicht nicht die Fahrschulerfahrung, „freie Bahn machen“ und ist dann überrascht, dass da ein Hindernis steht?

Wir haben damals zunächst einen Omega-Streifenwagen mit zusätzlichen Gelbblinkern zwischen dem Lautsprecher und den Blaulichtern auf dem Dach ausgerüstet. Der Erfolg war, dass dieses gesondert schaltbare gelbe Blinklicht deutlich früher auffällt, wie das blaue Blinklicht, was mit der physikalischen Ausbreitung der Farbwellen zusammenhängt.

Seit 1999 wurden dann alle Streifenwagen, die auf der Autobahn zum Einsatz kamen, mit diesem dann fest und serienmäßig ausgestatteten doppelten Blinklicht versehen, seit 2010 haben alle Funkwagen in Hessen diese Gelbblinker. Nach meiner Erinnerung hat es seit dem keine Auffahrunfälle bei der Unfallaufnahme mehr gegeben. Der Kraftfahrer registriert

das gelbe Blinklicht zuerst als „Warnung vor Arbeitsstellen“ (weil weiter strahlend), ehe er das Blaulicht als Warnung von der Unfallstelle wahrnimmt.

Es war eine „kleine Lösung“, die aber bei jeder Sicherung von Unfall- oder Pannenstellen sofort zur Verfügung steht – zusammen mit einer ausreichenden „Knautschzone“ gegen Auffahrunfälle am Heck aber eine deutliche Verbesserung für die Autobahnpolizei in Hessen (und inzwischen auch für den innerstädtischen Bereich).

Bei meiner Verabschiedung im Jahre 2010 erwähnte der damalige Personalratsvorsitzende Roland Kramer die „Maulichter“ als Beitrag zur Sicherung des Arbeitsplatzes Streifenwagen – kleine Ursache – große Wirkung.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Rolf Mai

Ltd. Polizeidirektor i.R.

Anmerkung der Redaktion:

Recht hat er, unser Herr Mai!

Eine hervorragend arbeitende Behörde aufzulösen, war schon eine Meisterleistung erster Güte.

Von 11 PAST'en sind noch 7 übrig, landeseinheitliche Abläufe in der Verkehrssicherheitsarbeit sind Geschichte.

Nicht alles war gut, aber vieles war weitaus besser!

Peter Wittig



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen der Bezirksgruppen Westhessen, Polizeizentralbehörden und Hessische Bereitschaftspolizei der Gewerkschaft der Polizei und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V. und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Für den Großraum Wiesbaden – Rheingau-Taunus – Hochtaunus – Main-Taunus und Limburg-Weilburg.
Für die Polizeizentralbehörden Hessen mit HLKA, HMdI, HPA und PTLV und die Hessische Bereitschaftspolizei mit der Wasserschutzpolizeiabteilung, Polizeifliegerstaffel und den Standorten in Kassel, Lich, Mühlheim/M., Wiesbaden, Egelsbach und der Polizeireiterstaffel Hessen.

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Stephan Buschhaus, Oliver Jochum
Redaktion/Redaktionsanschrift:
Peter Wittig, Gewerkschaft der Polizei, BZG Westhessen
Konrad-Adenauer-Ring 51, 65187 Wiesbaden
Ralf Humpf, Katrin Kuhl, GdP BZG Hess. Polizeizentralbehörden, Hölderlinstraße 5, 65187 Wiesbaden
Jens Mohrerr, GdP BZG Hessische Bereitschaftspolizei
c/o Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden
Gesamtredaktion: polrep@web.de

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt. NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen
Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über.

Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsanschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-535 X)



MITTELDEUTSCHER GDP -KART-CUP 2013

EIN EVENT DER SPITZENKLASSE MIT TEAMS AUS 10 BUNDESLÄNDERN

Am 20. April 2013 war es wieder einmal soweit. Auf der Kart-Bahn in Limburg kam es zu einer Neuauflage des heißgeliebten GdP-Kart-Cup's. Da auch dieses Mal der Ansturm wieder sehr groß war, wurden wie bereits in den Jahren zuvor zwei Rennen angesetzt, jeweils eine Stunde Qualifying und drei Stunden Rennzeit.

Durch die frühzeitige Terminankündigung im gesamten Bundesgebiet war der Andrang auf die begrenzten Startplätze enorm!

Teilnehmer aus 10 Bundesländern

Keine Mühen und Kosten scheuten die Kolleginnen und Kollegen aus 10 Bundesländern, um an diesem herausragenden Event teilzunehmen. Neben den bisher schon gewohnten Teams aus Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Hessen, dem BKA und Nordrhein-Westfalen, gesellten sich mittlerweile Rennwillige aus Bayern, Baden-Württemberg, Thüringen, Schleswig-Holstein und von der Bundespolizei dazu.

Es ist in den vergangenen Jahren ein buntes Teilnehmerfeld entstanden, welches eine doch sehr hohe und enorme Leistungsdichte aufweist.

Diese starke Veranstaltung ist allem voran unserem Rennkoordinator Stephan Opitz (Wasserschutzpolizei Wiesbaden) zu verdanken, der auch in diesem Jahr wieder sein „Know-how“ unter Beweis gestellt hat.

Alle Fäden laufen bei ihm zusammen und es gibt keine Frage im Bereich des Kartfahrens, welche er nicht beantworten könnte.

Race 1

Zum Start des Qualifying war die Bahn noch kalt und etwas rutschig, dies sollte sich jedoch bei 24 Teams rasend schnell ändern.

Im ersten Rennen konnten die vielen Zuschauer und Gäste bereits äußerst starke Teams beobachten, die um jeden Zentimeter gekämpft haben und nichts unversucht ließen, noch ein paar Plätze für ihre Mannschaft gut zu machen.

Nach einer Stunde waren der Belag und die Reifen auf Temperatur und das Katz und Maus-Spiel begann mit dem bekannten fliegenden Start.

Gleich zu Beginn zeigten die Küstenjungs aus Schleswig-Holstein, dass sie den weiten Weg nicht auf sich genommen haben, um hier Geschenke zu verteilen. Sie legten los wie die Feuerwehr und gingen früh an die Spitze des Feldes. Nach einem harten und leistungsstarken Rennen konnten die Küstenjungs ihre Führung auch bis zum Schluss behaupten und siegten mit einer Gesamtzahl von 157 Runden!

Zweiter wurde das Team „Roadrunner“ mit 156 Runden und den dritten Platz belegte das Team „BIG DIG RACING“ mit 155 Runden. Schnellste Frau wurde Sarah Roth vom Team „Flying Sperber“ und schnellster Mann wurde Thorsten Helbig vom „Racing Team 122“.

Während das erste Rennen noch lief trafen schon die Teilnehmer für das zweite Rennen zum Check-Inn an.



Race 2

Am zweiten Rennen nahmen 23 Teams teil, eine Mannschaft musste leider kurzfristig absagen, so dass der verfügbare Startplatz nicht mehr neu besetzt werden konnte. Nach dem der Check-Inn abgeschlossen war und sich die Teilnehmer zur Fahrerbesprechung einfanden, begannen bereits die Vorbereitungen für die Siegerehrung des ersten Rennens.

Nach den starken Leistungen im ersten Rennen, wurde man im zweiten Turn dann darüber belehrt, dass es noch besser gehen kann. Allen voran die Teams aus Gießen, die vom Kart-Verrückten Matthias Lotz wieder zahlreich nach Limburg geführt wurden, zeigten, welche Leistungen auf dem nun förmlich heißen Belag möglich sind!



Wie nicht anders zu erwarten, standen dann auch mit den Teams „Blaulich Gießen by Red Bull“ mit 160 Runden und „Blaulich Gießen Racing.com“ mit 157 Runden gleich zwei Teams aus Mittelhessen auf dem Treppchen.

In deren Mitte hatte sich aber noch das Team „Itzegebritzel“ mit 158 Runden auf den zweiten Platz gedrängt.

Schnellster Fahrer war Pirmin Schelb von „Blaulich Gießen by Red Bull“ und schnellste Fahrerinnen war Carola Birkholz vom Team „Itzegebritzel“.



Ehrungen und Auszeichnungen für alle

Alle Teilnehmer bekamen die übliche Teilnehmermedaille, zusätzlich gab es für die schnellste Frau und den schnellsten Mann einen Piccolo und einen weiteren Pokal. Für die jeweils ersten drei Teams auf dem Treppchen gab es, wie es sich gehört, Pokale in Gold, Silber und Bronze.

Zusätzlich durfte die obligatorische Flasche Sekt natürlich nicht fehlen. Für die Sieger gab es eine dazu noch eine schöne Magnumflasche Sekt.

Polizisten geben uns die Motivation, auch in den kommenden Jahren weiter zu racen.



Alle Ergebnisse und weitere Infos findet ihr auch unter www.facebook.com/hunter-racing

Exzellente Rahmenbedingungen

Wie aus den vergangenen Jahren gewohnt, übernahm die Kreisgruppe Limburg-Weilburg erneut das Catering vor Ort.

Unter der Koordination des Grillmeisters Rainer Becker sorgten die Helfer der Kreisgruppe für eine exzellente Versorgung der Teilnehmer und Gäste.

Dafür sagt die JUNGE GRUPPE herzlich „Dankeschön“! Wie immer eine weltmeisterliche Versorgung!



Die Bilder der Veranstaltung sind zum Einen auf der Seite unseres Rennkoordinators zu finden (www.hunter-racing.de) und zum Anderen auch über die Homepage der GdP Hessen (www.gdp.de/hessen).

Bleibt nur zu sagen, dass wir uns auf das nächste Jahr freuen und hoffen, alle Teilnehmer wieder zu sehen zu dieser großartigen Veranstaltung, für die viel Lob ausgesprochen wurde.

Klimpke/Wittig

Auch durch das Bistro der Kartbahn wurden die Anwesenden mit Frühstück und Getränken aller Art versorgt.

Wir bedanken uns weiterhin bei den vielen unzähligen Helfern im Hintergrund und natürlich bei unseren Unterstützern, auf die wir alle Jahre zählen dürfen. An erster Stelle geht unser Dank an unseren Partner SIGNAL-IDUNA, POLAS24 und X-Kart.

Ein weiteres großes Dankeschön an unsere Helfer auf der Geschäftsstelle, ohne die eine solche Veranstaltung nicht stattfinden kann.

Und natürlich bedanken wir uns bei allen Teilnehmern, die unserem Kart-Cup die eigentliche Wertschätzung verleihen. Die weiten Wege und die hochmotivierte Teilnahme, gepaart mit viel Spaß und nicht enden wollenden Gesprächen unter



So racten die Kollegen auf der Autobahn 1967 - mit einem Opel Kapitän A 2784 ccm, 125 PS

Unten das Innenleben - heute undenkbar





50 JAHRE GDP – VON ZITT(H)ERN KEINE SPUR

EINE BESONDERE EHRUNG – MANCHMAL ABER AUCH EIN BISSCHEN MEHR

Jubiläen in unserer Gewerkschaft sind immer etwas Außergewöhnliches und werden von uns gerne in einen würdigen Rahmen gepackt. Manchmal sind diese Ehrungen aber auch etwas ganz Besonderes. Meistens zeigt sich das Besondere im Verlauf einer solch kleinen Jubiläumsfeier, wie ich sie Anfang April in Leun bei meinem Kollegen Klaus Schmidt erleben durfte.

Seine liebe Frau Christa hatte einen hervorragend schmeckenden Kuchen gebacken und den Tisch liebevoll gedeckt. Es hat nur wenige Momente gedauert und wir waren mittendrin in der Vergangenheit, in gemeinsam Erlebtem und in den „guten alten Zeiten“.

Als Klaus Schmidt nach seiner Ausbildung als Einzelhandelskaufmann 1961 zur Polizei kam, wurde er von seinem damaligen Hundertschaftsführer „zwangsrekrutiert“ und war fortan Gewerkschaftsmitglied in der ÖTV. Nachdem die GdP Mitglied im DGB wurde, war sein Wechsel zur GdP ebenso selbstverständlich wie seine gewerkschaftliche Treue – über nunmehr 50 Jahre!

Die gute alte Zeit

Als Klaus Schmidt bereits Ende 1964 nach Weilburg versetzt wurde, befand sich unsere alte Polizeistation noch in der Limburger Straße. Die Tag- und Nachtdienste wurden nahezu durchgängig in der Wachstärke von 1:6 oder gar 1:7 versehen, demzufolge standen fast immer drei Funkstreifen im alten Oberlahnkreis zur Verfügung. Zu den Zeiten der Stadtpolizei waren auch die Lebensmittelkontrollen fester Bestandteil polizeilicher Überwachungs- und Kontrolltätigkeit. Wenn der „Weinverkoster“ aus dem Rheingau anreiste fanden die Kontrollen der köstlichen Tropfen in der Regel in den Räumen der Polizeistation statt. Zwei Flaschen von jeder Sorte, eine wurde versiegelt und die andere!? Es war halt eine andere Zeit und ein paar besondere Aufgaben wurden mit der hierfür erforderlichen Sorgfalt begleitet.

Augen auf und lernen – dies gilt auch heute noch

Treue, Verlässlichkeit und Arbeitssorgfalt habe ich auch persönlich, in 23 gemeinsamen Dienstjahren mit Klaus, bei der Polizeistation in Weilburg, immer wieder erleben dürfen. Die Perfektion in der Sachbearbeitung von Unfallfluchten und in Sonderkommissionen konnte alle begleitenden Kolleginnen und Kollegen immer wieder nur begeistern. Ob es eine bundesweite Fahndung nach einem tödlichen Verkehrsunfall, eine Rasterfahndung nach einem Doppelmord in unserem Kreis oder die Soko „Dehrn“ mit dem Schwerpunkt Rauschgiftkriminalität war, wer an seiner Seite mitarbeiten durfte, konnte viel lernen.

Ein „Zittern“ ging durch die Gemäuer der Pst Weilburg

Ach ja, apropos lernen – es gibt da was, was wohl keiner von uns von Klaus gelernt hat. Nicht weil wir nicht aufgepasst haben, sondern weil die Gelegenheiten einfach zu selten waren, dem Meister über die Schulter zu schauen. Eigentlich habe ich es nur einmal erlebt und das war am 24. Dezember 1998. Am frühen Morgen packte Klaus ein Musikinstrument aus, setzte sich auf das Sofa in unserem Sozialraum und spielte weihnachtliche Weisen auf einer Zither. Unter dem Schein von vier brennenden Kerzen auf einem Adventskranz, klangen Lieder aus dem Alpenraum und altbekannte Weihnachtslieder durch die Mauern unserer Station. Ein perfekter Vortrag, der von jahrelanger Übung sowie Leidenschaft für Instrument und Musik geprägt war – ein unvergessener Moment.

Die fast zwei Stunden bei Christa und Klaus zu Hause waren wie immer sehr kurzweilig und der Ausflug in die Vergangenheit ein wirkliches Erlebnis.

Die Ehrung für 50 Jahre Treue zur Gewerkschaft war natürlich Anlass und Mittelpunkt unseres Treffens – aber wer kann es uns verdenken, wenn wir ein paar Gedanken mehr in die Vergangenheit gerichtet haben, es ist und bleibt nun mal „Die gute alte Zeit“, an die man sich gerne erinnert.

Noch einmal an dieser Stelle unseren herzlichen Dank und Glückwunsch zum Jubiläum an Klaus Schmidt. Ein ebenso herzliches Dankeschön auch an seine liebe Frau Christa für den sehr angenehmen und gebührenden Rahmen zu diesem Jubiläum.

Lothar Hölzgen



LÄNDERBERICHTE BUNDESFACHAUSSCHUSS

BLICKE ÜBER DEN TELLERRAND – INTERESSANTE VERGLEICHE ZUR ALLGEMEINEN ENTWICKLUNG IN DEN LÄNDERN

In dieser Ausgabe Bayern bis Hamburg

Bayern

Im bevorstehenden Doppelhaushalt sind 1800 Stellenhebungen mit Schwerpunkt im Bereich A 12 beschlossen. 840 zusätzliche Ausbildungsstellen sind im Hinblick auf die steigenden Ruhestandsabgänge ab 2016 bis 2022 bewilligt.

1000 zusätzliche Ausbildungsstellen werden auf die Dienststellen im Einzeldienst verteilt. Somit verrichten in Bayern rund 40.000 PolizeibeamtInnen Dienst. Für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DUZ) fordert die GdP nach wie vor eine einheitliche Stundenvergütung von 5 Euro. Diese Forderung findet zwar allgemeine Zustimmung, konkrete Handlungen der Entscheidungsträger sind jedoch noch nicht festzustellen. Die Wochenarbeitszeit wird ab dem 01.08.2013 auf generell 40 Stunden abgesenkt.

Berlin

Die Personalratswahlen fanden im Dezember 2012 statt und konnten sehr erfolgreich beendet werden. In den Personalräten werden die Freistellungen für die Personalratsarbeit ausschließlich von GdP-Vertretern wahrgenommen.

Die Umstellung auf die Blaue Uniform ist abgeschlossen.

In Sachen Kennzeichnung kann zwischen Name und Nummer gewählt werden. Zum 01. August 2013 gibt es, wie im letzten Jahr, 2 % Gehaltserhöhung.

Vor dem Hintergrund der sinkenden Anzahl uneingeschränkt einsetzbarer PolizeivollzugsbeamtInnen werden zur Zeit in Berlin verschiedene Arbeitszeitmodelle erprobt, die im Wesentlichen darauf abzielen, dass die tägliche Höchstarbeitszeit von 10 Stunden nicht überschritten wird.

Bundespolizei

Nach einem turbulenten Jahr 2012, in welchem die gesamte Führung ausgetauscht wurde, hat man mit Blick auf das aktuelle Jahr noch keinen klaren Blick wohin die Reise gehen soll. Der Bericht zur Evaluierung der Neuorganisation liegt vor und geht jetzt in die einzelnen Gremien.

2012 wurden jeweils im September 600 PolizeibeamtInnen im mittleren Dienst

und 200 im gehobenen Dienst eingestellt. Die gleichen Einstellungszahlen kommen auch 2013 zum Tragen.

Im Rahmen einer Verordnung zur Änderung der Erholungsurlaubsverordnung kommt es bei der Bundespolizei zu nachstehenden Veränderungen:

- Jede Beamtin und jeder Beamte erhält 29 Arbeitstage Erholungsurlaub im Kalenderjahr.

- Nach vollendetem 55. Lebensjahr erhöht sich der Urlaub um einen weiteren Arbeitstag.

- Für die Kalenderjahre 2011 und 2012 erhält jede Beamtin und jeder Beamte 30 Tage Erholungsurlaub.

- Durch Sonderregelung der Verfallsfristen für das Urlaubsjahr 2011 wird sichergestellt, dass der zusätzlich gewährte Urlaub nicht verfällt. Das bedeutet, dass der Erholungsurlaub für das Urlaubsjahr 2011 dem Urlaubsanspruch für 2012 hinzugefügt wird und erst mit Ablauf des 31. Dezember 2013 verfällt.

- Diejenigen, die schon Anspruch auf Gewährung von 30 Tagen Erholungsurlaub haben, werden diesen Anspruch durch eine entsprechende Besitzstandsregelung behalten können.

- Die Differenzierungen der Urlaubsdauer nach Besoldungsgruppen entfällt.

Hessen

Aktuelle Personalsituation in Hessen:

Nach einem heftigen Personalabbau in den Jahren von 2004–2007 folgte eine sogenannte „Ausbildungsoffensive“ von jährlich rund 550 Einstellungen. Diese Einstellungen lagen in diesen Jahren auch deutlich über den tatsächlichen jährlichen Abgängen, so dass ein Teil der zuvor erfolgten Personalreduzierung mit Ablauf 2014 aufgefangen werden konnte. Im Jahre 2014 werden wir einen „politisch berechneten“ Personalbestand von 13.764 PolizeivollzugsbeamtInnen haben. Aktuell besteht für diese Legislaturperiode die politische Aussage unseres Innenministers Boris Rhein, dass dieser Bestand gehalten wird.

Demzufolge schaut man von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr welcher (voraussichtliche) Personaleratz in 3 Jahren erforderlich ist und rechnet wie folgt:

Berechnungen/Einstellungen 2012:

Eintritte Ruhestand:	257
Vorzeitig in den Ruhestand:	50
Entlassungen:	20
Todesfälle:	20
insg.:	90
Ersatzbedarf insg.:	347
Einstellungen PK-A:	400
FH-Absolventen:	542*
Absolventen m. D.:	0

Berechnungen/Einstellungen 2015:

Eintritte Ruhestand:	328
Vorzeitig in den Ruhestand:	50
Entlassungen:	20
Todesfälle:	20
insg.:	90
Ersatzbedarf insg.:	418
Einstellungen PK-A:	0
FH-Absolventen:	407**
Absolventen m. D.:	0

* tatsächliche Jahrgangsstärke zum Erhebungszeitpunkt

** (Prognosewert = Planzahl 400 im Einstellungsjahr 2012 zzgl. Sportfördergruppe 2010 = 7)

Anpassungen in der laufenden Entwicklung erfolgen automatisch, nachdem man zur Kenntnis nehmen musste, dass wir als Personalrat (GdP) offensiv mit den Zahlen umgehen und diese auch transparent machen.

Auf Grund allgemein bekannter Entwicklungen fordert die GdP-Hessen eine dauerhafte Einstellung in der Größenordnung von 550 jährlich, um Personal über das Jahr 2014 hinaus aufzubauen, damit wir den ständig wachsenden Aufgaben gerecht werden können und die unsägliche 42 Std.-Woche endlich der Vergangenheit angehören kann.

Hebungsprogramm im „Superwahljahr 2013“

Die hessische Landesregierung hat (mit Wirkung 01.04.2013) nachfolgende Hebungen beschlossen:

Von der A 9 in die A 10: 869 Stellen

Von der A 10 in die A 11: 261 Stellen

Die Politik will im Schwerpunkt bei der Verteilung der Stellen einen Strukturausgleich erreichen – ein Versäumnis der letzten Jahre! Am Ende wird man im Schnitt

zwischen 17,5% und 18% im Landesmittelwert bei den A11-er Stellen liegen.

Mit Blick auf die Verteilung der A10-er Stellenhebungen sind begleitende Aussagen interessant, wonach man alle KollegInnen befördert wissen will, die seit vier Jahren PK sind. Hier darf man die Frage stellen, was passiert mit den 27 jährigen Kollegen, die POK sind in den folgenden ca. 35 Jahren?

Aus unserer Sicht ein interessanter Hebel, den wir als GdP nutzen werden, um mittel- und langfristig weitere Anhebungen der Stellen A 11 bis A 13 zu fordern.

Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ)

Mit dem Dienstrechtsmodernisierungsgesetz I wurde festgelegt, dass die DuZ auf dem Stand von 2006 eingefroren wurde. Im Ergebnis bedeutet dies für die hessischen KollegInnen, dass die DuZ-Zulagen auf dem Niveau der Erschwerniszulagenverordnung Bund aus dem Jahre 2004 berechnet und ausgezahlt werden – die wohl schlechteste Berechnungsformel und nicht einmal halb so viel wie unsere KollegInnen im Nachbarland Bayern.

Die GdP-Hessen hat hier bereits im Frühjahr 2012 eine Kampagne gestartet und scheut sich auch nicht, dies im Wahlkampfjahr 2013 der hessischen Landesregierung deutlich vor Augen zu führen.

Lebensarbeitszeitkonto

Aktuell wird allen KollegInnen, die in der 42-Stundenwoche arbeiten, wöchentlich 1 Std. auf ein sogenanntes „Lebensarbeitszeitkonto“ eingezahlt.

Das diesbezügliche Gesetz gestattet ausdrücklich die vorzeitige Inanspruchnahme, wenn dienstliche Gründe nicht entgegenstehen.

Urlaubsanspruch nach EUGH-Urteil

Die hessische Landesregierung hat, vor dem Hintergrund des bestehenden EUGH-Urteils, bis kurz vor Weihnachten 2012 gewartet, bevor sie den offensichtlichen Rechtsanspruch auf „30 Tage für alle“ anerkannt und damit auf weitere formelle Widersprüche verzichtet hat. Bis dahin sind tausende von Anträgen in die Verwaltungen des Landes gelaufen und haben unsere KollegInnen dort heftig belastet. Natürlich hatte die GdP Monate zuvor entsprechende Entscheidungen gefordert, um exakt dieser Flut an Anträgen aus dem Weg zu gehen.

Dienstaltersstufen / Erfahrungsstufen Klageverfahren in Hessen

Am 20. August 2012 hat das Verwaltungsgericht in Frankfurt einem Polizeioberkommissar und zwei Richtern Recht zugesprochen, und die hier in Hessen praktizierte Verfahrensweise als rechtswidrig und altersdiskriminierend bezeichnet.

Dem VG hat es nicht gereicht, dass man die althergebrachten Dienstaltersstufen in „Erfahrungsstufen“ umbenannt hat. Unter dem Strich hat man nämlich mit durchgängiger Regelmäßigkeit in den einzelnen Jahresrhythmen die hiervon betroffenen BeamtInnen „wachsen“ lassen. Die nun folgenden Verfahren (vermutlich bis zu einem Entscheid durch den EUGH) werden wir aufmerksam begleiten. Natürlich haben wir auch in diesem Verfahren unsere KollegInnen seit Monaten auf die Brisanz dieser Entscheidung hingewiesen und aufgefordert entsprechende Anträge zu stellen.

PolizeivollzugsbeamtInnen mit „funktionsbezogenen Tätigkeitseinschränkungen“

Die Entwicklung in der Polizei (sicherlich nicht nur in Hessen) hat einen traurigen Höchststand erreicht und zwingt alle Beteiligten zum Handeln. In Hessen versucht man nunmehr seit über 1 1/2 Jahren einheitliche Standards in der Behandlung und Begleitung von KollegInnen mit funktionsbezogenen Einschränkungen zu erreichen. Auch ohne diese einheitlichen Standards arbeiten aber die Präsidien bereits, sicherlich mit unterschiedlichen Ansätzen und Erfolgen, an dieser Problematik.

Die wesentlichen Grundvoraussetzungen für deutliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen sind hier natürlich die vorhandenen Belastungsparameter zu reduzieren/aufzulösen. Personalabbau, Wochenarbeitszeit, gewaltiger Aufbau von Mehrarbeit und der nicht zu unterschätzende, tiefe Eingriff in die Privatsphäre eines jeden Einzelnen von uns sind die „Krankmacher“ schlechthin – und genau an dieser Stelle setzt man nicht an.

Die Zahl der vorzeitigen Ruhestandsversetzungen wird in den kommenden Jahren deutlich zunehmen. Wie weit sich diese Spirale noch drehen wird, ohne dass es in Teilbereichen zu Zusammenbrüchen kommt, kann ich nicht verlässlich abschätzen. Unsere Aufgabe in Personalräten und Gewerkschaft wird es sein, unsere KollegInnen so intensiv wie möglich zu begleiten, um hier in jedem Einzelfall zu vernünftigen und für alle Beteiligten vertretbaren Regelungen zu kommen – eine Herkulesaufgabe!!!

Hamburg

In Hamburg macht die GdP deutliche Fortschritte, nachdem man fast ein Jahrzehnt eine schwierige Situation zu meistern hatte. Die GdP kann in der personalrätlichen und gewerkschaftlichen Arbeit keine Freistellung nutzen, und muss eine sehr umfangreiche Arbeit für die KollegInnen komplett auf der Basis ehrenamtlicher Tätigkeit bewerkstelligen. Die Gewerkschaftsarbeit hat in Hamburg durch den Regierungswechsel im Februar 2011 (SPD-Senat) noch keine nennenswerten Vorteile verbuchen können – das Gesprächsklima ist hingegen deutlich freundlicher geworden.

Beförderungen

Das alte Laufbahnverlaufsmodell ist in Hamburg höchststrichlerlich in wesentlichen Teilen für verfassungswidrig erklärt worden. Der Leistungsgrundsatz hat der Verweilzeit vorzugehen. Nun soll ein neues Beförderungsmodell aus der Taufe gehoben werden, das 2014 in Kraft treten soll. 2013 finden mit ca. 90 Stellen nur die durch Ruhestände freien Beförderungen statt. Zur zweigeteilten Laufbahn gibt es nach wie vor Diskussionen, hier winkt die Politik aber immer noch kräftig ab mit der Begründung: „Kein Geld“.

Umorganisation der Hamburger Polizei

Das PK-Modell (Kriminal- und Schutzpolizei unter gemeinsamer örtlicher Führung) wurde aufgegeben. Nun wird die Kripo fachlich vom LKA geführt. Es wird in Hamburg acht Leit-Kommissariate geben, die zwar die Ihnen zugewiesenen Aufgaben wahrnehmen, aber keine Kräftekompetenz haben. Diese liegt in der Einsatzsäule, in der sich sämtliche operative Einheiten befinden (LBP, Einsatzzüge etc.). Die Umorganisation bringt in Hamburg eine erhebliche Unruhe mit sich, da das wesentliche Ziel einer Stärkung der Basisdienststellen verfehlt wurde.

Auch die Hamburger Polizei hat erhebliche Nachwuchssorgen, gerade im mittleren Dienst. Keine Freie Heilfürsorge, steigende Lebenshaltungskosten und Wohnungsknappheit sind Gründe, die nicht gerade für den Polizeiberuf sprechen. In den nächsten 10 Jahren gehen über 3000 Beamte in den Ruhestand – bei anvisierten 250 Neueinstellungen pro Jahr, die noch nicht einmal „sicher“ sind – wird man in Hamburg sehr schnell darüber nachdenken müssen, welche Aufgaben zukünftig nicht mehr wahrgenommen werden können. Schon jetzt sind die Schichtstärken und die personelle Ausstattung der Bereitschaftspolizei katastrophal.

Lothar Hölzgen ■

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG KG BAD HOMBURG

Am 18.04.2013 fand die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Bad Homburg statt.

Die Mitglieder der Kreisgruppe waren der Einladung des ersten Vorsitzenden Dietmar Steiner in die Räumlichkeiten der Feuerwehr Friedrichsdorf gefolgt.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden hatte dieser die ehrenvolle Aufgabe, langjährige Mitglieder zu ehren.



So wurden die anwesenden Harri Bender und Wolfgang Klemens für 25 Jahre Mitgliedschaft, Hans-Joachim Moos für 40 Jahre Mitgliedschaft und Wolfram Büscher für 50 Jahre Mitgliedschaft in der GdP geehrt.

Einige zu ehrende Mitglieder waren nicht anwesend, so dass die Ehrungen später vorgenommen wurden.

Allen Geehrten wurde neben Urkunde und Ehrennadel ein Präsentkorb überreicht.

Als nächstes stand die Wahl des Vorstandes auf dem Programm, die ohne Überraschungen und in ihren Abstimmungen einstimmig durchgeführt wurde.

So setzt sich der neue Vorstand der GdP-Kreisgruppe Bad Homburg wie folgt zusammen:

- 1. Vorsitzender: Dietmar Steiner
- 2. Vorsitzender: Siegfried Müller
- 1. Kassierer: Otto-Peter Schulze
- 2. Kassierer: Tim Klingelhöfer
- Schriftführer: Marco Hill
- Beisitzerin „Tarif“: Klaudia Ollarius
- Beisitzer RKI: Matthias Ahäuser
- Beisitzer „Junge Gruppe“: Malte Weidemann
- Beisitzer „Stadtpolizei“: Armin Pogodsky
- Beisitzer „Pensionäre“: Harald Hollstein



Der neue Vorstand der KG Bad Homburg

Gerhard Konert schied nach vielen Jahren Vorstandstätigkeit als Schriftführer aus.

Martin Kiehlmann berichtete anschließend von seiner Arbeit im ersten Jahr als Mitglied des Personalrates und konnte zahlreiche Fragen aus dem Auditorium beantworten, bis Dietmar Steiner den offiziellen Teil der Versammlung um 17.50 Uhr schloss.

Zum Abschluss der Veranstaltung saß man noch in geselliger Runde bei hervorragender Bewirtung durch Angehörige der Feuerwehr Friedrichsdorf zusammen.

RICHARD MAYER 40 JAHRE IN DER GDP



Seinen ersten Besuch im neuen Jahr stattete der Jungpensionär und ehemalige Dienststellenleiter Richard Mayer der Polizeistation Bad Schwalbach ab.

Diese Gelegenheit nutzte der 2. Vorsitzende der KG Untertaunus, POK Bernd Wahnel, ihn für seine 40-jährige Mitgliedschaft zu ehren und ein Präsent zu überreichen.

1972 trat R. Mayer in die GdP ein und war von 1982 bis 1990 Vorsitzender der Kreisgruppe Rheingau. Er betonte die Wichtigkeit der GdP, da man Ziele nur innerhalb der Gemeinschaft einer starken Berufsvertretung erreichen könne.

Bernd Wahnel bedankte sich für die langjährige Treue und verlieh seiner Hoffnung Ausdruck, dass Richard Mayer sich auch als Pensionär in der GdP gut aufgehoben fühlt und damit auch Mitglied der „Polizeifamilie“ bleiben möge. ■

KG Untertaunus/Klute





„STEINBACHER PROTOKOLL“ VERABSCHIEDET

GDP-ASSESSMENT HÖHERER DIENST – THEMEN, DIE BEWEGEN

Ende April hatte die GdP die Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes zu einer Veranstaltung ins Bildungszentrum der IG BAU nach Steinbach/Taunus eingeladen.

Kern der Veranstaltung war ein Assessment; ein Workshop zur Erhebung der Themen, die den höheren Dienst aktuell bewegen und in die gewerkschaftliche Arbeit einfließen sollten.

Der Einladung waren trotz der bevorstehenden umfänglichen Einsatzlagen in Hessen viele Kolleginnen und Kollegen des höheren Dienstes aus allen Bereichen gefolgt.

Gewerkschaftlicher Situationsbericht

GdP-Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller eröffnete die Tagung mit einem gewerkschaftspolitischen Bericht. Er gab in seinen einführenden Worten einen Überblick über aktuelle Themen, wie die vor wenigen



Tagen erzielte Tarifeinigung und den aktuell in den Landtag eingebrachten Gesetzesentwurf von SPD und Grünen zur Schaffung eines Polizeibeauftragten, der, analog des Wehrbeauftragten, Ansprechpartner für die Polizeibeschäftigten und für die Bürgerinnen und Bürger sein soll.

Dieser soll nicht, wie der derzeitige Ansprechpartner Henning Möller, ans Innenministerium angebonden sein, sondern direkt dem Landtag unterstehen. Aus Sicht der GdP ist ein solcher, neuer „Polizeibeauftragter“ nicht erforderlich und würde ein gänzlich falsches Zeichen setzen:

Er würde unterstellen, dass es im Zusammenwirken und -leben mit den Bürgerinnen und Bürgern regelmäßig nur kritische Prozesse gäbe.

Genau das Gegenteil ist der Fall – und hierauf darf die Hessische Polizei auch weiterhin stolz sein. Seit Jahren ist die Hessische Polizei in den Spitzenpositionen der von den Bürgerinnen und Bürgern mit großem Vertrauen bedachten Organisationen zu finden!

In seinen weiteren Ausführungen ging er auf das jüngste **Hebungsprogramm „A 10 und A 11“** ein.

Aus Sicht der GdP ein grundsätzlich lobenswerter Schritt, der jedoch in der kon-

kreten Ausgestaltung besser hätte umgesetzt werden können.

Infos

Verteilung der Stellen A 9 bis A 13

- 12 Prozent in der Gruppe A 9
- 62 Prozent in der Gruppe A 10
- 17 Prozent in der Gruppe A 11
- 6 Prozent in der Gruppe A 12
- 3 Prozent in der Gruppe A 13

Das vollzogene Hebungsprogramm ist leider nicht geeignet, den Druck auf den Kessel der A 10-er zu reduzieren.

Ganz im Gegenteil ist kontraproduktiv der Druck erhöht worden.

Dies verdeutlicht die nun produzierte Verteilung der prozentualen Anteile:

Die für die etwa 1000 Beförderungsmöglichkeiten aufgewandten Finanzmittel hätte man mit größerer Nachhaltigkeit einsetzen können.

In der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn hat man seinerzeit im höheren Dienst nicht die erforderlichen Konsequenzen gezogen. Eine entsprechende Erhöhung der Anzahl der Planstellen und eine „gute“ Verteilung der Stellenwertigkeiten von A 13 bis A 16 wäre wünschenswert gewesen und ist nun als gewerkschaftliches Ziel zu formulieren.



Impulsreferat „Rollenverständnis höherer Dienst“

GdP-Vorstandsmitglied Swen Eigenbrodt führte inhaltlich in die Kernthematik der Veranstaltung ein. In seinem Impulsreferat „Rollenverständnis höherer Dienst“ machte er zu Anfang

deutlich, dass man einen ständigen kommunikativen Dialog zwischen höherem Dienst und Gewerkschaft brauche, der insbesondere auch in Friedenszeiten gepflegt werden muss. Kommunikation, die, wie in der Vergangenheit, ausschließlich in personalpolitischen Konflikten sich manifestierte, eignet sich nicht als Basis eines gemeinsamen Entwicklungsprozesses zum Besseren hin. In diesen Momenten agiert der höhere Dienst aufgabenorientiert nachvollziehbar aus der Rolle des „Arbeitgebers“ heraus. Jedoch ist das Rollenspektrum des höheren Dienstes mannigfaltig.

Als Angehöriger des höheren Dienstes der Polizei stellt man sich des Öfteren die Frage, was bin ich eigentlich?

Die vielfältigen Antworten reichen von Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Chef, Kontrolleur, Motivator bis zu Kollege/in, Feindbild, Freund und Mensch. Dementsprechend hoch sind auch die Erwartungen, die an die Rolle „höherer Dienst“ gestellt werden und nicht alle können hinreichend erfüllt werden.

Unsere Polizei wird modern gerne auch als „Konzern“ bezeichnet und als solcher verstanden. Führungskräfte erfolgreicher Konzerne erreichen ihre Ziele oft auch durch einen sogenannten „positiven kreativen Ungehorsam“; hiermit sind unkonventionelle Wege zur Zielerreichung verstanden, die den Konzern „nach vorne bringen“, sich aber innerhalb der definierten Konzernstrategie wiederfinden.

- Wie modern ist in diesem Zusammenhang die Hessische Polizei und wie viel „kreativer Ungehorsam“ wird von unseren Führungskräften erwartet?
- Wie lassen sich all diese Rollenfacetten im harmonischen Gleichgewicht halten?
- Wie vereinbar ist der höhere Dienst mit dem Familienleben?

In einem Workshop wurde dieser Spannungsbogen beleuchtet und mögliche Lösungsvorschläge erarbeitet, die zeitgleich auch den Anspruch an gewerkschaftliche Arbeit umreißen. Das Workshopergebnis wurde als „Steinbacher Protokoll“ beschrieben und ist gleichzeitig das Aufgabenheft der künftigen Arbeit der GdP.

Nachgewinnung für den höheren Dienst ist eine zentrale Aufgabe

Der zweite Teil der Veranstaltung widmete sich ganz dem derzeitigen Auswahlverfahren für den Nachwuchs des höheren Dienstes. Hauptpersonalratsvorsitzender Jens Mohrherr beleuchtete in seinem Impulsreferat das derzeitige Verfahren aus dem Jahre 2010 mit den definierten drei Teilen:

Infos

AUSWAHLVERFAHREN FÜR DEN HÖHEREN DIENST

- **Testteil A:** schriftlicher, computergesteuerter Test
- **Testteil B:** mündlicher Test über mehrere Tage welcher die sozial kommunikative Befähigung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bescheinigt
- **Testteil C:** nach einer mindestens 12-monatigen Qualifikationsverwendung wird der/die Bewerber/-in nochmals in einem Einzelinterview getestet

Eine der prägnantesten Fragen ist sicherlich die der Qualität der Personalgewinnung für den höheren Dienst und somit seine Zukunftsfähigkeit. Einerseits wissen wir schon heute, welchen Personalbedarf wir bei der hessischen Polizei in der Zukunft haben, andererseits gelingt es uns nicht, ausreichend geeignete Bewerber/-innen erfolgreich durch das Testverfahren zu führen. Der Anfang April durchgeführte Testteil B, bei dem 32 Bewerber/-innen antraten, und nur vier bestanden haben, verdeutlicht diese Problemstellung.

Jens Mohrherr sagte abschließend, dass die Bewerberinnen und Bewerber mit ih-

ren erkannten Stärken und Schwächen durch Instrumente der Organisation vertrauensvoll und qualitativ begleitet werden müssen.

Die eigenen Vorbereitungen der Bewerber/-innen auf das Testverfahren, die zumeist fälschlicherweise auf Gedächtnisprotokollen vorangegangener Testteilnehmer basieren, sind nicht hinreichend zielführend. Mit anderen Worten: „Wenn es uns gelingt, geeignete und kompetente Menschen für neue Aufgabenbereiche zu begeistern, hat dies für die Gesamtorganisation, sowohl im gehobenen als auch im höheren Dienst einen Mehrwert. Es bedarf einer gesteigerten Anstrengung aller“, sagte Jens Mohrherr abschließend. Angesprochen ist hier die Organisation der Hessischen Polizei, als auch die GdP mit ihrem Aus- und Fortbildungsprogramm.

Gastreferent

Als erstklassigen Referenten für die Thematik „Auswahlverfahren für Bewerberinnen und Bewerber des höheren Dienstes“ konnte Prof.



Dr. Thorsten Heyer vom BKA gewonnen werden. Dr. Heyer ist seit vielen Jahren in das Auswahlverfahren des BKA aktiv involviert und konnte eine Masterstudentin zu diesem Thema fachlich begleiten.

In einer der nächsten Ausgaben der GdP-Zeitschrift Deutsche Polizei werden wir zu diesem Vortrag noch einmal ausführlich berichten.

Soviel kann jedoch gesagt werden:

Das hessische System ist auf Augenhöhe mit dem des BKA und Modellen von „Global Playern“ der freien Wirtschaft.

Verbesserungswürdig sind jedoch die begleitenden Maßnahmen und Instrumente zur Unterstützung der Bewerberinnen und Bewerber und insbesondere der Kolleginnen und Kollegen, die das Auswahlverfahren nicht bestehen –

denn diese Kolleginnen und Kollegen bleiben weiterhin Leistungsträger unserer Organisation.

GdP Hessen

DAS „STEINBACHER PROTOKOLL“ DER GDP

GEWERKSCHAFTLICHE AUFGABEN IN DER VERTRETUNG DES HÖHEREN DIENSTES

Organisation

Fachliche Begleitung von Organisationsveränderungen:

- bspw. die regionale, dezentrale oder zentrale Kriminalitätsbekämpfung, die Neuorganisation der Prävention oder die der Bereitschaftspolizei
- mittelbare oder unmittelbare Einbeziehung des höheren Dienstes bei fachlichen Stellungnahmen der GdP zu Organisations- und Rechtsfragen.

Sozialisation innerhalb der Organisation auf allen Ebenen:

- u. a. frühe Begleitung der Anwärterinnen und Anwärter
- eigene Veranstaltung zu diesem Thema
- Beteiligung der Mitglieder des höheren Dienstes an der Entwicklung der gewerkschaftlichen Strategien und Konzepten

Dienst / Personalmanagement

Personalentwicklung:

- Konzeption und Einheitlichkeit
- gewerkschaftliche Begleitung von Veränderungen
- gehobener Dienst in Richtung höherer Dienst
- innerhalb des höheren Dienstes
- Erhöhung der Planstellen des höheren Dienstes, insbesondere für den Bereich von Dienstposten mit höherer Personalverantwortung (Stations- und Kommissariatsleiter).

Führungskultur:

- Aufbrechen der eindimensionalen Darstellung

Philosophie der GdP „Eine für Alle“:

- Intensivierung der Kommunikation außerhalb von Konfliktprozessen
- Unterstützer und Begleiter des höheren Dienstes
- Klarstellung und Verfestigung von Rolle und Aufgabe des höheren Dienstes.

Vereinbarkeit von Familie und Dienst

Flexible Dienstmodelle:

- Spielräume erweitern, Potenziale nutzen
- Führung in Teilzeitmodellen
- Prozesse begleiten
- tradiertes Rollenverständnis aufbrechen
- mehr Eltern in den höheren Dienst bringen
- Möglichkeiten zur Kinderbetreuung in den Polizeipräsidien und auch während der Ausbildung schaffen

Karriere

Klare Perspektive:

- Transparenz und Chancengleichheit
- differenzierte Dienstpostenbewertung
- „gesunder“ Stellenkegel des höheren Dienstes
- standardisierte Stellenausschreibungen

Fürsorge für Beamtinnen und Beamten des höheren Dienstes:

- Intensivierung erfahrbarer Fürsorge des Dienstherrn
- gewerkschaftliche Förderung von Instrumenten der Fürsorge

Anerkennung:

- Beurteilungsverfahren
- Instrumente der Anerkennung

Gestaltung des Auswahlverfahrens:

- Prozessbegleitung
- Potenziale möglicher Bewerber frühzeitig erkennen und gezielte Fördermaßnahmen beginnen
- Ineinandergreifen von persönlicher und organisationaler Initiative
- Gewerkschaftliche Begleitung des höheren Dienstes ab Vorbereitung auf das Auswahlverfahren
- Perspektive und Anerkennung für die Leistungsträger, die das Auswahlverfahren nicht bestanden haben

Sonstiges

Führungsberatung

- Komplexität des Führungsauftrages reduzieren
- Externe Beratungsangebote und Impulse
- Konfliktmanagement



Wir bedanken uns bei allen Teilnehmern, die unsere Veranstaltung und den Workshop aktiv begleitet haben. ■

GdP Hessen



Die Gewerkschaft der Polizei in Hessen --- wir machen das für Euch!

ALTERSDURCHSCHNITTE IN DER HESSISCHEN POLIZEI

INTERESSANTE ANTWORTEN AUF EINE PARLAMENTARISCHE ANFRAGE

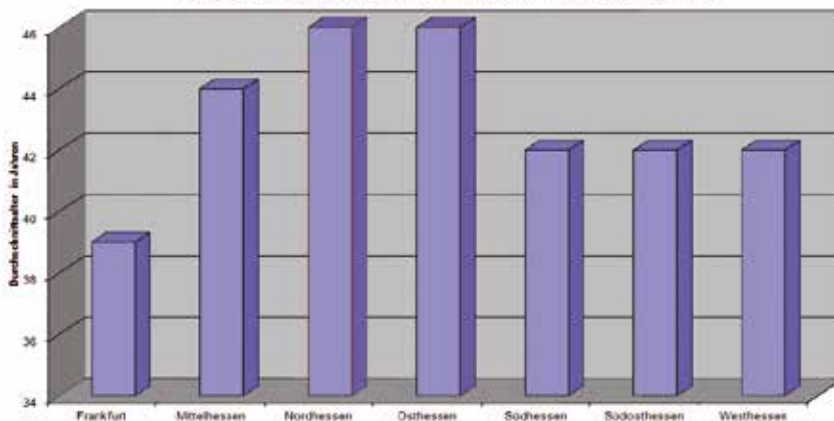
Das Durchschnittsalter der hessischen Polizei liegt derzeit bei 42 Jahren. Die Anwärter/-innen wurden dabei nicht berücksichtigt. Dies geht aus einer Landtagsanfrage der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ vom Februar dieses Jahres hervor.

gefälle besteht, was der Vielzahl der Versetzungen im fortgeschrittenen Alter in die nördlichen Präsidien geschuldet ist.

„...Durch die relativ gleichmäßige Zahl der Personalfluktuat und eine entsprechende Nachführung ausgebildeter jün-

Daraus resultierend erfolgt eine weitere Versetzung in den Bereich der Polizeipräsidien Mittel-, Nord- und Osthessen erst mit fortgeschrittenem Lebensalter...“ schreibt Innenminister Rhein in den Vorbemerkungen seiner Antwort auf die Anfrage hin.

Das Durchschnittsalter in den 7 Polizeipräsidien



Von den Flächenpräsidien haben die Polizeipräsidien Nord- und Osthessen mit 46 Jahren das höchste Durchschnittsalter. Das PP Mittelhessen liegt mit 44 Jahren an dritter Stelle. Danach folgen die Polizeipräsidien Süd-, Südost- und Westhessen mit 42 Jahren. Mit einem Durchschnittsalter von 39 Jahren hat das Polizeipräsidium Frankfurt das geringste Durchschnittsalter.

Dies zeigt deutlich, dass innerhalb der hessischen Polizei ein starkes Süd-/Nord-

gerer Nachwuchskräfte wird diese ausgewogene Struktur weiterhin gewährleistet. Jedoch gibt es in der Altersstruktur der Polizei regionale Unterschiede.

Dies ist in erster Linie dadurch bedingt, dass die meisten Berufsanfänger nach Studienende zunächst bei den Polizeipräsidien im Rhein-Main-Gebiet und in Südhessen sowie bei der Hessischen Bereitschaftspolizei ihren Dienst versehen müssen.

Fast 19 Prozent gingen vorzeitig

In der Antwort auf die Frage der Ruhestandsversetzungen, gestaffelt nach Jahren, ist zu entnehmen, dass im Jahre 2012 insgesamt 53 Beamte/-innen vor Erreichen des 60. Lebensjahres pensioniert wurden. Das sind fast 19 Prozent aller Pensionierungen (gesamt = 282 Beamte/-innen). Darüber hinaus wurden 14 Beamte/-innen entlassen und 20 verstarben vorzeitig. Die Gesamtzahl der Abgänge lag mit 316 etwas unter den Zahlen der Vorjahre. Die pensionierungsstarken Jahrgänge beginnen ab diesem Jahr und erreichen in 2015 mit 525 die Spitze.

„...Die hessische Polizei verfolgt mit Blick auf die demografische Entwicklung das Ziel, die Bewerberzahlen auf hohem Niveau konstant zu halten, um auch zukünftig ausreichend geeignete Bewerberinnen und Bewerber für den Beruf zu gewinnen...“, schreibt Innenminister Rhein ausblickend.

Seien seine Worte in den Ohren eines gewissen Herrn...

GdP Hessen



„Es trifft zu, dass die Beträge für die Erschwerniszulagen, z. B. bei „Dienst zu ungünstigen Zeiten“ seit Beginn der Besoldungsanpassung in hessischer Eigenverantwortung nicht angehoben worden sind. Da die Erhöhungen der Vergütungen aber jeweils im Centbereich liegen, ist eine zusammenfassende Anhebung unter Berücksichtigung der bisherigen Erhöhungspunkte bei der nächsten Besoldungsanpassung vorgemerkt.“ Das sind die Worte des Innenministers Boris Rhein in der Antwort an die GdP vom 07. November 2012. Am 22. März 2013 haben wir erneut den Minister mit einem offenen Brief zur Erhöhung der DuZ und der Schaffung einer Zulage für OPE'en angeschrieben. Parallel haben wir ALLE Abgeordneten des Hessischen Landtages schriftlich um Unterstützung gebeten. Es gab auch vereinzelte Reaktionen aus den Oppositionsfraktionen, nur keine von unserem Minister.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden nun unsere nächsten Schritte einleiten, aufgeben ist nicht – schau wir mal... PW



OLIVER MALCHOW NEUER BUNDESVORSITZENDER

Oliver Malchow ist neuer Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Der Gewerkschaftsbeirat, das höchste Gremium der GdP zwischen den Kongressen, wählte den 49-jährigen Schleswig-Holsteiner am Montag in Berlin zum Nachfolger des bisherigen Bundesvorsitzenden Bernhard Witthaut.

Die Wahl war notwendig geworden, nachdem Bernhard Witthaut im April dieses Jahres zum Polizeipräsidenten der Polizeidirektion Osnabrück berufen wurde und daher offiziell sein Amt innerhalb der GdP niedergelegt hat.

Witthaut gehörte 19 Jahre dem geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP an und war 2010 zum Bundesvorsitzenden der mit 173.000 Mitgliedern größten Interessenvertretung der Polizei gewählt worden.

Kriminaloberrat Oliver Malchow ist seit November 2010 Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes. Die Delegierten des 24. Ordentlichen GdP-Bundeskongresses hatten den Ostholsteiner zunächst in das Amt des Bundesvorsitzenden gewählt, im Januar war Malchow dann im Rahmen von Nachbesetzungen des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes zum stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden aufgerückt. Der Leiter der Kriminalpolizeistelle Kiel ist seit Mai 1985 Mitglied der Gewerkschaft der Polizei. Seit 1997 führt Malchow zudem den Vorsitz des GdP-Landesbezirks Schleswig-Holstein.

In das Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der GdP wurde der 51-jährige Polizeihauptkommissar Dietmar Schilff aus Braunschweig nachgewählt. Schilff ist zugleich Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Niedersachsen.

Hessische Delegation in Berlin

Zur Beiratssitzung in Berlin reiste auch eine 5-köpfige Delegation des Landesbezirks Hessen, die neben unserem Bun-

desvorstandsmitglied Jörg Bruchmüller (Schriftführer) an den Wahlen beteiligt war.

Unter ihnen war auch Katrin Kuhl, im Bild rechts zwischen dem alten und neuen Vorsitzenden, und eine von derzeit zwei Teilnehmerinnen des bundesweiten Mentoring-Programms der GdP.

Katrin gehört dem Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung (PTLV) an und somit natürlich unserer Bezirksgruppe PZBH.

Sie konnte bereits sehr umfangreiche Erfahrungen während ihres Projektes sammeln und durfte nun kurz vor dem Ablauf des Projektes im Juni noch einmal an dieser nicht alltäglichen Beiratssitzung teilnehmen.

Wir möchten dem neuen Bundesvorsitzenden Oliver Malchow an dieser Stelle alles Gute für seine Tätigkeit als Bundesvorsitzender der größten Polizeivertretung in Deutschland wünschen.

Mit erfrischenden Auftritten hat er uns in den vergangenen Wochen bereits beeindrucken dürfen.

Gerade die mediale Präsenz ist für unsere GdP eine große Chance, Verbesserungen für unsere Kolleginnen und Kollegen auch erreichen zu können, in dem die Themen einer breiten Öffentlichkeit, aber auch der Politik, offenkundig gemacht werden.

Viel Glück hierfür.

■ Peter Wittig



Die hessischen Delegierten

REFORMSTAU – REGELN UND ANPASSUNGSZWANG

Die Natur hat es vorgemacht. Alles Leben hat sich geänderten Voraussetzungen angepasst. Nur Regelgeber missachteten zeitgerechten Anpassungszwang.

Gebotene Reformen sind im GG vorgesehen, versprochen, geplant aber wiederholt verhindert worden. Das Ergebnis der Enttäuschungstaktik wurde mit „Reformstau“ beschrieben und 1997 mit dem Wort des Jahres getadelt. Dennoch haben weitere Reformbedürfnisse den Reformdruck erheblich steigen lassen. Obwohl Folgen bedauert und beklagt werden, lässt man Ursachen weiter wuchern. Als Reformhemmnisse bezeichnen Medien und Politologen verfassungs(?)politische Rahmenbedingungen. Ursächlich sind wohl persönliche und parteiliche Interessen, die verhindern, längst notwendige Änderungen zu beschließen.

Als Kriegsverlierer hat Deutschland mit den Siegermächten zwar Waffenstillstand aber noch keinen Friedensvertrag geschlossen. Seit 5. Mai 1955 billigt man der Bundesrepublik staatliche Selbstständigkeit und Unabhängigkeit (Souveränität!?) zu. Nach dem Einigungsvertrag vom 31.8.1990 (der Wiedervereinigung am 3.10.90) wäre aber erst der Friedensvertrag die Voraussetzung dafür, dem souveränen(?) Volk die Möglichkeit zu bieten, sich eine Verfassung zu geben.

Durch ihr Inkrafttreten würde das „provisorische“ Grundgesetz nach Artikel 146 seine Gültigkeit verlieren. Damit könnten endlich auch reformhemmende, dem Kriegsverlierer vorgeschriebene Zersplitterungsregeln entfallen. Divergierende Wirtschaftskraft, konträre Interessen und eigene Zuständigkeiten der 16 Stadt- und Flächenstaaten verhindern, die in Artikel 29 GG vorgesehene Neugliederung des Bundesgebietes.

Partikularismus ist im Rahmen der Europäisierung und Globalisierung anachronistisch. Wo Dezentralisierung schädigend wirkt (z. B. im Bildungsbereich), sollte sie aufgegeben werden. Solange jedoch Motivation durch Mandat, Macht, Einfluss und Einkommen dominiert, werden Einsicht und Verzicht der Posteninhaber kaum längst gebotene zeitgerechte Reformen zulassen.

Nach Artikel 20 Abs. 2 Satz 1 unseres Grundgesetzes geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Das soll durch Wahlen und Abstimmungen geschehen. Ein

wachsender Teil des Volkes scheint die Gewaltbefugnis falsch zu verstehen oder zu wörtlich zu nehmen. Denn Nicht- und Protestwähler, besonders gewaltbereite Demonstranten, gewinnen Anhänger und Mitmacher. Untersuchungen zufolge sind es gebrochene Wahlversprechen, ausbleibende und benachteiligende Regelungsergebnisse, die Wähler enttäuschen und Vertrauensverlust in Politiker und Parteien hervorrufen. Die Folgen werden spürbarer, besonders jedoch für die Polizei.

Bevorzugte Themen für Print- und Funkmedien sind nun mal Versäumnisse, Fehlleistungen, Probleme, Notlagen, Krisen und Desaster. Ungewollt wie unvermeidbar provozieren sie Ängste, Unruhe und Aufbegehren. Parteien und Kirchen verlieren Mitglieder. Solidaritätsschwund gefällt Herrschenden und Wahlverweigerung stärkt den Einfluss aktiver Randgruppen.

Frust und Klagen, Demonstrations- und Gewaltbereitschaft sollten als Alarmsignale nicht ignoriert werden.

Reformstau hat Tradition. Bereits Mitte der 60er Jahre gingen Studenten unter dem Motto „Unter den Talaren - Muff von tausend Jahren“ auf die Straße und besetzten Häuser. In den Verbrechen der linksextremen terroristischen Vereinigung RAF eskalierte die Auflehnung gegen Bestehendes und Ausbleibendes.

Gewaltexzesse bei Demonstrationen und Veranstaltungen zwangen die Polizei, sich durch Ausbildung, Dienstkleidung und Ausrüstung auf Protestexzesse durch aggressive Zeitgenossen einzustellen. Nun müssen Schutzleute, bewegungshinderliche Schutzrüstung tragen, um Schutzbedürftige schützen zu können. Sie müssen erdulden, was Verursachern zuge-dacht ist.

Es konterkariert Fürsorgepflicht von Dienstherrn, die Ordnungsmacht für eigene Versäumnisse büßen zu lassen. Die Entwicklung lässt schmerzlich erkennen, wohin überstrapazierte Volksgeduld führen kann. Angemessene Sanktionsregeln gegenüber Gewalttätern sind längst überfällige.

In Vorkriegszeiten hetzten Herrschende, die sich gut kannten, aber hassten, ihr Volk auf, sich grenzüberschreitend umzubringen. Dass in Friedenszeiten von Verantwortungsträgern Gewaltaktionen gegen ihre Ordnungshüter hingenommen

werden, ist so beschämend wie unerträglich. Vertrauens- und Ansehensverlust der politischen Kaste ist sicher auch Folge der schlechten Beispiele die sie liefert. Vorbild werden und bleiben kostet halt viel Selbstüberwindung.

Die in Art. 29 GG vorgesehene und längst gebotene Neugliederung der Bundesländer würde durch weniger und größere Bundesländer viele Probleme lösen und weniger Steuergelder verschwenden.

Der mit Länderfinanzausgleich, abweichenden Bildungs- und Zuständigkeitsregeln verbundene Dauerärger könnte erheblich gemindert werden, wenn nicht sogar entfallen. Abweichungen bei Laufbahn- und Zuständigkeitsregeln, Ausbildung und Ausrüstung, sogar beim Nachrichtenaustausch wirken besonders bei länderübergreifenden polizeilichen Maßnahmen erschwerend und demotivierend. Es wird Zeit, dem Reformstau Schleusen zu öffnen, bevor Dämme brechen. ■

Gerhard Kastl



Kollege der Autobahnpolizei mit seiner BMW aus dem Jahr 1966

TAGESAUSFLUG DER SENIOREN 2013



Wann:
Mittwoch, 21. August 2013
Ziel:
Burgundstraße und Heidelberg
Wer:
Alle Seniorinnen und Senioren
BZG'en Westhessen, PZBH und HBP



Programmablauf

Fahrt mit dem Bus nach Neckarmühlbach (Burg Guttenberg), unterwegs Pause unter freiem Himmel, um unser bekanntes

Weck-Worscht-und-Woi-Frühstück

zu genießen.

Nach der Burgbesichtigung haben wir Gelegenheit, in der Burgschenke baden-württembergische „Spezereyen“ zu verkosten.

Danach bringt uns der Bus nach Heidelberg.

Hier werden wir das Stadtzentrum auf eigene Faust erkunden und alles Erdenkliche tun. Der Abschluss unserer Tour findet dann in unserer heimatlichen Nähe statt.

Abfahrtszeiten-/orte der Busse

Bus 1:

07:00 Uhr bei der Polizeistation Limburg, Offheimer Weg

07:30 Uhr in Idstein, Bushalteplatz am Bahnhof

Bus 2:

07:30 Uhr in Oestrich-Winkel, Hauptstraße, Alte Post

08:00 Uhr in Wiesbaden, Kahle Mühle; vor der Gaststätte Alte Schule

Für GdP-Mitglieder und Partner sind die Fahrt und das Frühstück kostenfrei, Nichtmitglieder beteiligen sich mit 15 Euro/Person (Bezahlung im Bus). Der Preis beinhaltet Bus und Burgmuseum sowie WWW-Frühstück. Teilnahme auch mit Partner.

Hiermit melde ich mich/uns verbindlich zum Ausflug am 21.08.2013 an:

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Partner/Begleiter:

GdP-Mitglied: ja nein

BZG: Westhessen PZBH HBP

Ich/wir möchten in Limburg Idstein Oestrich Wiesbaden zusteigen.

Anmeldungen bitte an:

Post an GdP Westhessen, Peter Wittig, Konrad-Adenauer-Ring 51, 65187 Wiesbaden

Fax an GdP Westhessen, 0611 / 345 1089

Mail an peter.wittig@gdp.de

Online unter www.gdp.de/hessen/gdphessen/bzgwesthessen/senioren

NACHDENKLICHES, KURIOSES UND REALITÄTEN

DNA-SPUREN ÜBERFÜHREN WOHNUNGSEINBRECHER

Ein wenig erinnerte der Prozessbeginn beim hiesigen Gericht an den Song von Udo Jürgens, in dem er wissen lässt, „Ich war noch niemals in New York“. Gleiches behauptete der Angeklagte im Gericht von sich und Bad Homburg. Ob Udos Liedtext zutrifft, ist belanglos. Anders ist es bei dem mit vielen Straftaten belasteten 45 Jahre alten Angeklagten, zu denen auch Wohnungseinbrüche zählen. Nach Überzeugung von Staatsanwältin und RichterIn war der 45-Jährige zuvor sehr wohl schon in Bad Homburg, und zwar exakt am 3. Dezember 2011, gegen 18 Uhr, in einer Erdgeschosswohnung in der Kaiser-Friedrich-Promenade. Dort hatte der Mann laut Anklage zwecks Einbruchs zunächst die Scheibe der Terrassentür eingeworfen. Als er dort nicht eindringen konnte, stieg er unter Zuhilfenahme einer Holzlatte durch das Küchenfenster ein. Danach durchsuchte er alle Räume. Aus dem Schlafzimmer entwendete er dann Schmuck im Wert von etwa 5000 Euro, hinzu kam noch erheblicher Sachschaden, den der 45-Jährige bei seiner Tat verursacht hatte. Als die Wohnungsbesitzerin gegen 18.45 Uhr eintraf, hatte der Dieb bereits das Weite gesucht. Aber das sollte ihn nicht vor seiner Strafe bewahren. Denn nun gab es von der AmtsrichterIn eine Gefängnisstrafe von einem Jahr und



vier Monate, die er wegen seiner Vortaten und den noch laufenden Bewähungen gemäß Urteil verbüßen muss.

DNA-SPUREN AN STEIN UND LATTE

Die Polizei hatte nach dem Einbruch nicht nur den Sachverhalt aufgenommen, sondern in der Wohnung einen tennisballgroßen Stein, mit dem die Terrassenscheibe eingeworfen wurde, sowie die besagte Holzlatte sichergestellt. Bei der danach im Hessischen Landeskriminalamt (HLKA) erfolgten Untersuchung der Einbruchshilfsmittel konnten die mit dem jetzt Angeklagten identischen DNA-Spuren gesichert werden. Obwohl die GutachterIn des HLKA im Gericht vortrug: „Die gesicherten Tatort-Spuren stammen mit über 99,99 prozentiger Sicherheit von dem Angeklagten“, blieb dieser bei seiner Behauptung, noch nie in Bad Homburg gewesen zu sein.

DIE GESCHÄDIGTE HAT SCHLAFPROBLEME

Welche psychische Auswirkungen ein solches Erlebnis auf die betroffenen Personen haben kann, wurde bei der Anhörung der berufstätigen 49-jährigen Wohnungsinhaberin deutlich. „Das war mein schlimmstes Erlebnis in meinem Leben“, sagte sie zu der Tat in ihre Intimsphäre. Sie habe danach das Einbruchsfenster vergittern lassen, trug sie vor. Dennoch habe sie immer noch Angst und schlafe schlecht. Es sei halt nicht mehr so wie vor dem Einbruch. Dass ihr inzwischen die Versicherung den Schaden fast vollständig erstattet habe, ändere an ihren Empfindungen nichts, zumal auch Gegenstände mit persönlicher Verbundenheit auf immer verschwunden blieben.

KEIN PARDON VON DER RICHTERIN

Erstaunlich war, dass der Anwalt des Angeklagten den eigentlich „bombensicheren Spurenbeweis“ nicht akzeptieren wollte und einige Beweisanträge stellte, die aber vom Gericht zurückgewiesen wurden. „Wunder gibt es immer wieder“, (Katja Ebstein) war vielleicht die These des Verteidigers. Die RichterIn hingegen hielt sich an die Fakten und verurteilte den Angeklagten. Im Gegensatz zur Staatsanwältin, die eine zur Bewährung ausgesetzte Strafe beantragte, zeigte sich die RichterIn nicht kompromissbereit. Von ihr gab es 16 Monate Haft „ohne“.

Heinz Habermehl



Der GdP-Rechtsschutz streift alle Bereiche, die sich aus dem dienstlichen Alltag ergeben können. Sei es im Strafverfahren zur Verteidigung als Beschuldigter, im Disziplinar- oder Verwaltungsstreitverfahren, bei einer Streitigkeit im Arbeits- oder Sozialrecht, aber auch bei der Abwehr von Schadensersatzansprüchen oder der Durchsetzung von eigenen Schmerzensgeldansprüchen.

Die Prüfung zur Gewährung von Rechtsschutz obliegt der Rechtsschutzkommis-

sion der hessischen GdP. Sie entscheidet mit viel Sachkenntnis und Erfahrungen aus dem polizeilichen Alltag heraus. Somit entscheiden Polizeibeschäftigte über die Gewährung von Rechtsschutz und keine sachfremden Laien.

Was müsst ihr beachten:

1. Kein Anwalt ohne Rechtsschutzantrag
Bevor ihr einen Anwalt einschaltet, müsst ihr einen Antrag auf Rechtsschutz über eure Kreis-/Bezirksgruppe stellen. Dies ist Teil der Satzung und zwingend erforderlich
2. Den Rechtsschutzantrag erhaltet ihr bei euren Kreisgruppen oder der Bezirksgruppe. Sie sind beim Ausfüllen behilflich, wenn Fragen auftreten, die ihr nicht beantworten könnt. Ihr könnt auch euren Ansprechpartner telefonisch auf der Geschäftsstelle erfragen. Von dort kann euch auch ein Rechtsschutzantrag zugemalt werden.

3. Nach Antragsprüfung erhaltet ihr von der Rechtsschutzkommission eine Antwort über die Deckungszusage oder Ablehnung.

4. Keine zusätzlichen Honorarvereinbarungen mit Rechtsanwälten

Wir sind laut Satzung an bestimmte Vorgaben gebunden.

Manchmal werden von Mandanten auch individuelle Honorarvereinbarungen mit Anwälten geschlossen, welche die GdP dann nicht erstatten kann. Achtet also auf solche zusätzlichen Vereinbarungen.

Bei allen Fragen, die in diesen Zusammenhängen auftreten können, hilft oftmals auch ein kurzer Anruf auf der Geschäftsstelle bei unserer Rechtsschutzabteilung (0611-9922720). Hier klären sich sehr schnell wichtige Fragen auf dem kurzen Weg.

PW

ÜBER DAS BERUFSBILD EINES POLIZEIBEAMTEN

DAS ALTE LEITBILD IST NOCH LANGE NICHT VERGESSEN



Als die Gewerkschaft der Polizei (GdP) vor 60 Jahren auf Bundesebene gegründet wurde, waren die Spuren des deutschen Unrechtsstaates bis 1945 noch stark in den Köpfen verhaftet. Gewerkschaftlich organisiert zu sein, war in den Jahren 1933 bis 1945 verboten. Nunmehr sollte es Möglichkeiten geben, die Interessen der Polizeibeschäftigten vertreten zu können. Einhergehend damit war und ist es Kernaufgabe der GdP, das Berufsbild der Polizeibeschäftigten auch mitzugestalten – damit auch zu prägen.

Spricht man mit Gewerkschaftern, die seit über 50 Jahren organisiert sind, kann man viel über den damaligen Zeitgeist erfahren. Wer bereit ist, gewerkschaftliche Funktionen zu übernehmen, wartet geradezu auf Einwirkungen und Aufträge, die wiederum Auswirkungen auf seine Arbeit und auf seinen Beruf haben. Ein Gewerkschafter trägt demnach wesentlich zur Formung des Berufsbildes bei. Mittlerweile befinden wir uns in einer absoluten Mediengesellschaft und es vergeht nahezu kein Tag, an dem in den Printmedien oder elektronischen Medien das Tun und Handeln der deutschen Polizei nicht im Fokus steht. Die Öffentlichkeit ist stets informiert und die Polizeibeschäftigten sind, ob sie es wollen oder nicht, präsenter denn je in den Augen der Bürger.

Diese Tatsache sollte für jeden einzelnen Polizeibeschäftigten auch Maxime seines Handelns sein – gleichgültig ob bei Tätigkeiten am Schreibtisch oder im Kontakt mit dem Bürger. Kleidung, Auftreten, Benehmen, wie Zuhören, Wortwahl und

Tonfall, Gestalt und Haltung sind ernst zu nehmende Verhaltensweisen. Ungepflegt, unrasiert, gepearct und körperbemalet gefällt nicht jedem.

Leitbild der Polizei

Ein Leitbild wurde von Polizeibeschäftigten erstellt und sollte von ihnen selbst mit Leben erfüllt werden: „Das Leitbild soll der einzelnen Beamtin und dem einzelnen Beamten als Orientierung dienen und die Identifikation mit der Aufgabe fördern, den Schutz der Rechte von Bürgerinnen und Bürgern als Zentrum des Handelns der Polizei zu begreifen.“ (Textauszug aus der Koalitionsvereinbarung für die 14. Wahlperiode des Hessischen Landtags zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen, 1995–1999).

Die Vorstellung vom Berufsbild der Polizei (ein Beruf, dessen Tätigkeit sich überwiegend vor den Augen der Öffentlichkeit abspielt), wird in der Bevölkerung von Normabweichungen geprägt. Das Urteil über die Polizei wird damit unverhältnismäßig von den wenigen Fehlern beeinflusst, die bei der vielschichtigen Arbeit geschehen können. Hierzu bietet das Leitbild nach wie vor hervorragende Ansätze, um innerhalb und vor allen Dingen auch bei den Bürgern ein hohes Maß an Akzeptanz und Vertrauen zu schaffen.

Unsere Arbeit ist Verantwortung.

Wir sind ein unparteiischer Garant für Demokratie und Menschenrechte, Recht und Gesetz sind Grundlagen unseres Handelns.

Objektivität und gesunder Menschenverstand sind für uns unverzichtbar. Wir hören zu und begegnen allen mit Höflichkeit und dem Respekt, den wir auch erwarten. Wir sind offen, verständnisvoll und tolerant. Wir verhalten uns vorbildlich.

Bürgerinnen und Bürger stehen im Mittelpunkt unserer Arbeit.

Als Partner für Sicherheit sind wir rund um die Uhr ansprechbar. Wir schaffen Vertrauen und Akzeptanz durch kompetentes Handeln. Wir achten auf unser Erscheinungsbild. Wir sind hilfsbereit, freundlich und korrekt. Wir erklären, was wir tun.

Wir sind ein Team.

Wir setzen uns klare Ziele und erreichen diese gemeinsam. Wir unterstützen und motivieren uns gegenseitig. Wir erkennen und respektieren die Wichtigkeit der Aufgaben aller. Wir sind neuen Ideen gegenüber aufgeschlossen. Wir sind initiativ und übernehmen Verantwortung. Aus Fehlern lernen wir. Mit Offenheit und Ehrlichkeit schaffen wir Vertrauen.

Wir sind ein Teil der Gesellschaft.

Wir erkennen frühzeitig Entwicklungen und tragen Vorschläge an die Politik heran. Wir gehen auf die Medien zu und zeigen Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen unserer polizeilichen Arbeit auf. Mit anderen Behörden und Institutionen arbeiten wir unvoreingenommen und zielorientiert zusammen. Wir gehen vorurteilsfrei mit allen gesellschaftlichen Gruppen um.

Wenn wir das Leitbild berücksichtigen, werden wir Vertrauen in der Bevölkerung gewinnen und immer wieder bestätigen. Wenn wir den zahlreichen Umfragen glauben dürfen, gelingt dies der Polizei. In Statistiken erhält sie immer wieder hervorragende Vertrauenswerte – weit bessere als beispielsweise Politiker oder



Medien. Basis für dieses Vertrauen ist einerseits die hohe charakterliche Integrität der Polizist/innen und andererseits eine professionelle, disziplinierte unvoreingenommene und unbestechliche Arbeit, die im Einzelfall auch Menschlichkeit und Verständnis für den Betroffenen aufbringen und auch einmal ein Auge zudrücken kann.

Zufriedenheit durch gute Arbeitsbedingungen

Prägend für das Selbstverständnis der Polizeibeschäftigten sind aber auch – und dies in zunehmenden Maße – die herrschenden Arbeitsbedingungen. Arbeitszeit und Zufriedenheit mit dem Einkommen, Klima in der Dienststelle, Beurteilung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis zu den Problemen der Pendler sind dabei zu berücksichtigen. Auch bei der hessischen Polizei ist nach wie vor der Personalbedarf im Rhein-Main-Gebiet höher als im übrigen Land. Da ist es nicht verwunderlich, dass allmorgendlich ganze „Einheiten in Uniform“ an den Bahnhöfen der hessischen Städte mit ICE-Anschluss auszumachen sind. Die mangelhafte personelle Ausstattung, die zwar sukzessive durch Personalzuwächse gelindert wird, (steter Tropfen höhlt den Stein), aber dennoch das tägliche dienstliche Leben und damit die Dienstplanung bestimmt, ist ein prägnanter Indikator der Berufszufriedenheit innerhalb der hessischen Polizei.

„Es gibt keinen anderen Beruf, der nur annähernd mit so vielen erschwerenden Umständen konfrontiert wird. Nahezu bei jedem Dienst, zu jeder Tages- und Nachtzeit, an Wochenenden wie Feiertagen, zu allen Jahreszeiten und auch bei katastrophalen Witterungsbedingungen muss der Polizist selbst oft folgenschwere Entscheidungen treffen und Maßnahmen durchführen, über die sich hinterher unter Umständen Richter mehrerer Instanzen jahrelang den Kopf zerbrechen und zu unterschiedlichen Urteilen kommen. Diese Tatsache wird viel zu wenig erkannt und anerkannt.“

Aufgaben von Personalrat und Gewerkschaft

Personalrats- und Gewerkschaftsvertreter übernehmen mit einem Mandat die Pflicht, sich u.a. für die beruflichen und sozialen Belange ihrer Kolleg/innen einzusetzen. In Kenntnis des verbesserungsbedürftigen Berufsbildes ist es daher Ihre Aufgabe, sich Ursachen und Wirkungen schädigender (allerdings auch positiv

wirkender) Einflüsse auf unser Berufsbild bewusst zu machen und Maßnahmen anzustreben, die Missstände beseitigen können.

Wir müssen als Personalrats- und Gewerkschaftsvertreter den Mut haben, Schaden von den Polizeibeschäftigten abzuwenden. Dies gilt dann, wenn es darum geht, dem Dienstherrn im Sinne der Beschäftigten die Stirn zu bieten.

Als Beispiel dazu ein Fall aus der jüngsten Praxis.

Ein Falschparker, der in unmittelbarer Nähe vor einer Gastwirtschaft verkehrsbehindert parkt, ruft eine Streife auf den Plan. Die Streifenbesatzung betritt die Gaststätte und fragt nach dem Fahrzeughalter. Dieser meldet sich zu Wort, in dem er pöbelnd, weil angetrunken, die Kollegen beleidigt. Maßnahmen zur Personalfeststellung werden getroffen und der „Störer“ wird zur Dienststelle sistiert. In den darauf folgenden Tagen kommt Post von einem Rechtsanwalt. Von Freiheitsberaubung ist unter anderem zu lesen.

Die Staatsanwaltschaft stellt das Verfahren ein. Die Behörde nicht! Sie fängt an zu ermitteln.

Folge: Dienstliche Äußerungen und Vermerke werden von den Kollegen abverlangt. Sieht so die Fürsorge gegenüber den Beamtinnen und Beamten aus?

Ein Schlag ins Gesicht derer, die mit rechtsstaatlichen Mitteln den Rechtsstaat beschützen.

Damit kein Zweifel aufkommt: Wenn aus den eigenen Reihen falsches Verhalten an den Tag gelegt wird, müssen wir ebenfalls mit allen Mitteln dagegen halten. Sonst verlieren wir auch als Personalrats- und Berufsvertretung unsere Berechtigung, im Sinne der Polizeibeschäftigten und für deren Wohl zu streiten und zu handeln.

JM



BÖCHER GMBH & CO. KG

MEISTERBETRIEB
Baudekoration
Restaurierungen

Siemensstraße 13
35799 Merenberg

Tel.: 0 64 71/95 36-0
Fax: 0 64 71/95 36-30
E-Mail: Boecher-Baudekoration@web.de

Seit über 40 Jahren Fachbetrieb für:

- Gerüstbau, Innenputz, Außenputz und Außenisolierung
- Fassadengestaltung
- Maler- und Tapezierarbeiten
- Moderne Raumgestaltung durch Lasur- und Spachteltechniken
- Trockenbau und Wärmedämmung

Gerne unterbreiten wir Ihnen unser unverbindliches Angebot.

Rufen Sie einfach an.
Wir beraten Sie gerne.

INFORMATIONEN

Presse
Rundfunk
Fernsehen



Gewerkschaft
der Polizei
Landesvorstand Hessen

Wiesbaden, 22. Mai 2013



Einführung einer Zulage für operative Einheiten

Anpassung der Erschwerniszulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ)

GdP-Kampagne zeigt erste parlamentarische Reaktionen

Unsere Kolleginnen und Kollegen werden seit Jahren im Vergleich zu den anderen Bundesländern bei den Zulagen finanziell schlechter behandelt. Das Land Hessen hat es bisher nicht geschafft oder gewollt, die Ausgleichszahlungen für die belastenden Dienste in der Nacht, an Wochenenden und Feiertagen auch nur ansatzweise anzupassen. Die Zulagen bewegen sich auf dem Stand des Jahres 2004. Für die besonders hoch belastet arbeitenden Kolleginnen und Kollegen der operativen Einheiten gibt es noch nicht einmal eine Zulage analog des polizeilichen Wechselschichtdienstes.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Hessen hat im März 2012 eine Kampagne zur Anpassung der Zulagen ins Leben gerufen. Mehrfach haben wir den zuständigen Minister Boris Rhein (CDU) angeschrieben, letztmalig am 22. März 2013 und unsere Forderungen dargestellt.

Parallel haben wir am 25. März 2013 alle Abgeordneten des Hessischen Landtages persönlich angeschrieben und um Unterstützung im Rahmen ihrer parlamentarischen Möglichkeiten gebeten.

Reagiert haben hierauf lediglich die Fraktionen der Grünen und der SPD. Am 21. Mai 2013 hat die SPD-Fraktion einen dringlichen Antrag in den Landtag eingebracht, der die Einbeziehung der operativen Einheiten und die längst überfällige Anhebung der Ausgleichszahlungen zum Ziel hat. Wir sind sehr dankbar, dass zumindest eine Fraktion nun den parlamentarischen Weg gewählt hat, um die Tätigkeit unserer Kolleginnen und Kollegen auch einer entsprechenden Wertschätzung zu unterziehen.

Es ist nicht mehr vermittelbar, dass das Land Hessen die Zulagen seit ca. 9 Jahren nicht mehr angepasst hat und nicht willens ist, die Tätigkeiten der operativen Einheiten zu entlohnen.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hessen, Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
GdP-Landesbezirk Hessen, Geschäftsstelle, Tel. 0611-99227-50
Homepage: www.gdp.de/hessen



**Wertschätzen und
Wort halten!**



Weingut K. Schädel



„Weine Erleben“

Sudetenstr. 37,
65385 Rüdesheim
0 67 22 / 94 11 68

Individuell und vielseitig bieten wir Ihnen ein umfangreiches Angebot zum Thema „Wein“ in Rüdesheim am Rhein. Weinproben, Stadtführungen, Ausflüge, Weinwanderungen, Schiffsweinproben – und vieles mehr! Sprechen Sie uns an.
www.weingut-schaedel.com

SCHLUSSPUNKT

Tlsarsibcfuhas

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Pnrartselao

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Dieleanegrtegt

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Ferankunofrezne

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Pnleoisgifttuzi

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Buchstabensalat



Unterhalten sich zwei Babys auf der Säuglingsstation.

„Sag mal, bist du ein Junge oder ein Mädchen?“



„Ein Junge“

„Beweis es!“

Der Kleine zieht die Decke weg und sagt:

„Guck - blaue Söckchen!“

Bitte lächeln!

„I think I spider“



Ich glaub ich spinne!

English for insiders

R - Ritter der Schwafelrunde

Meetings, Sitzungen und Konferenzen sind mittlerweile aus dem Arbeitsalltag nicht mehr wegzudenken. Aber Fakt ist:



Zusammenkünfte dieser Art sind im seltensten Fall auch produktiv! Wer den Großteil seiner Arbeitszeit auf Konferenzen vergeudet, hat es verdient zum

„Ritter der Schwafelrunde“ ernannt zu werden.

Büroschimpfwörter



Howgh!
Hier spricht Häuptling
Samtpfote!

Blitzlichtgewitter

Der Vorteil der Klugheit besteht darin, dass man sich dumm stellen kann. Das Gegenteil ist schon schwerer.

Kurt Tucholsky

Spruchreif